

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Miß, Magdeburg. — Verantwortliche Redakteurinnen: Auguste Fabian, Magdeburg. — Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. — Druck von Franz Kretschmer, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Salobstraße 49, Fernsprecher 1507. — Redaktion: Dr. Klingstraße 8, Fernsprecher 561.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (incl. Fracht) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 10 Pf. — Der Preis für den Einzelheft 2 Pf. — In der Expedition und den Ausgabestellen hierzulande 2 Pf., monatlich 70 Pf. — Bei den Postämtern 2 Pf. 50 Pf. — Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die Zeile für 14 Tage 10 Pf., für 14 Tage 20 Pf., für 14 Tage 30 Pf., für 14 Tage 40 Pf., für 14 Tage 50 Pf., für 14 Tage 60 Pf., für 14 Tage 70 Pf., für 14 Tage 80 Pf., für 14 Tage 90 Pf., für 14 Tage 100 Pf., für 14 Tage 110 Pf., für 14 Tage 120 Pf., für 14 Tage 130 Pf., für 14 Tage 140 Pf., für 14 Tage 150 Pf., für 14 Tage 160 Pf., für 14 Tage 170 Pf., für 14 Tage 180 Pf., für 14 Tage 190 Pf., für 14 Tage 200 Pf., für 14 Tage 210 Pf., für 14 Tage 220 Pf., für 14 Tage 230 Pf., für 14 Tage 240 Pf., für 14 Tage 250 Pf., für 14 Tage 260 Pf., für 14 Tage 270 Pf., für 14 Tage 280 Pf., für 14 Tage 290 Pf., für 14 Tage 300 Pf., für 14 Tage 310 Pf., für 14 Tage 320 Pf., für 14 Tage 330 Pf., für 14 Tage 340 Pf., für 14 Tage 350 Pf., für 14 Tage 360 Pf., für 14 Tage 370 Pf., für 14 Tage 380 Pf., für 14 Tage 390 Pf., für 14 Tage 400 Pf., für 14 Tage 410 Pf., für 14 Tage 420 Pf., für 14 Tage 430 Pf., für 14 Tage 440 Pf., für 14 Tage 450 Pf., für 14 Tage 460 Pf., für 14 Tage 470 Pf., für 14 Tage 480 Pf., für 14 Tage 490 Pf., für 14 Tage 500 Pf., für 14 Tage 510 Pf., für 14 Tage 520 Pf., für 14 Tage 530 Pf., für 14 Tage 540 Pf., für 14 Tage 550 Pf., für 14 Tage 560 Pf., für 14 Tage 570 Pf., für 14 Tage 580 Pf., für 14 Tage 590 Pf., für 14 Tage 600 Pf., für 14 Tage 610 Pf., für 14 Tage 620 Pf., für 14 Tage 630 Pf., für 14 Tage 640 Pf., für 14 Tage 650 Pf., für 14 Tage 660 Pf., für 14 Tage 670 Pf., für 14 Tage 680 Pf., für 14 Tage 690 Pf., für 14 Tage 700 Pf., für 14 Tage 710 Pf., für 14 Tage 720 Pf., für 14 Tage 730 Pf., für 14 Tage 740 Pf., für 14 Tage 750 Pf., für 14 Tage 760 Pf., für 14 Tage 770 Pf., für 14 Tage 780 Pf., für 14 Tage 790 Pf., für 14 Tage 800 Pf., für 14 Tage 810 Pf., für 14 Tage 820 Pf., für 14 Tage 830 Pf., für 14 Tage 840 Pf., für 14 Tage 850 Pf., für 14 Tage 860 Pf., für 14 Tage 870 Pf., für 14 Tage 880 Pf., für 14 Tage 890 Pf., für 14 Tage 900 Pf., für 14 Tage 910 Pf., für 14 Tage 920 Pf., für 14 Tage 930 Pf., für 14 Tage 940 Pf., für 14 Tage 950 Pf., für 14 Tage 960 Pf., für 14 Tage 970 Pf., für 14 Tage 980 Pf., für 14 Tage 990 Pf., für 14 Tage 1000 Pf.

Nr. 165.

Magdeburg, Sonnabend den 16. Juli 1904.

15. Jahrgang.

Königsberger Geheimbund- und Hochverratsprozeß.

Eigener Bericht.

g. Königsberg i. Pr., 14. Juli.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verteidiger des Angeklagten Pöbel, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heine mann, Berlin ist heute erschienen. — Der Vorsitzende, der um 9 Uhr die Verhandlung wieder eröffnet, teilt mit, daß die genaue Adresse des Zeugen Mandelstamm nicht bekannt, die Ladung infolgedessen unmöglich sei. — Vert. Heine mann verzichtet auf diesen Zeugen wegen der Schwierigkeit seines Aufenthalts in Deutschland nach seiner Ausweisung. — Vert. Liebke macht darauf aufmerksam, daß dieselben Schwierigkeiten bei Dr. von Weichersbach bestehen. — Der Vorsitzende erklärt, daß er es diesen Zeugen selbst überlassen müsse, sich wegen der Aufenthaltserlaubnis mit den deutschen Behörden in Verbindung zu setzen.

Der Kriminalkommissar als Zeuge.

Es folgt die Vernehmung des Kriminalkommissars Wohlfromm. — Zeuge Wohlfromm, 47 Jahre alt, evangelisch, schildert zunächst seine beiden bekannten Besuche bei Nowagrotki und als drittes die Hausdurchsuchung. Zuvörderst die Schwierigkeiten seien ihm nicht gemacht worden, doch sei die Auskunft über den Empfänger der Pakete verweigert worden. Die Vernehmung: „Mit den übrigen Paketen könne er tun, was er wolle, aber auf eigene Verantwortung“, gibt er zu. Ob er die Worte „auf eigene Verantwortung“ jedesmal dazu gesagt hat, kann er nicht mehr mit Sicherheit angeben. — Vert. Haase: Welche Behörde sind diese Schriften gegeben worden? — Zeuge Wohlfromm erklärt, daß er die Erlaubnis zur Vernehmung dieser Frage erst von seiner vorgesetzten Behörde erbitten wollte, ebenso die zur Vernehmung einer zweiten Frage des Verteidigers, welche Auskunft das russische Konsulat über den Inhalt der andern Schriften gegeben habe. — Vert. Haase: Geben Sie zu, zu Nowagrotki nach der Beschlagnahme der einen Schrift gesagt zu haben, in den übrigen sei nichts Strafbares? — Zeuge Wohlfromm: Ich habe vielleicht gesagt, bei der Durchsicht auf dem Konsulat habe ich in den andern nichts Besonderes ergeben. — Vert. Haase: Hatten Sie von vornherein den Auftrag, nicht nur die blauen, sondern auch die roten Broschüren zu beschlagnahmen? — Zeuge Wohlfromm: Ich habe das erste Mal ganz aus eigener Initiative gehandelt. — Vert. Haase: Wussten Sie, daß auch eine zweite Schrift, eben die mit dem roten Umschlag, einen bedeutenden Inhalt hatte? — Zeuge Wohlfromm: Nein. — Vert. Haase: War Ihnen oder andern Personen amtlich oder auf privatem Wege vor dem Eingang der Schriften bei Nowagrotki bekannt, daß solche an ihn unterwegs seien? — Zeuge Wohlfromm: Nein. Ich wußte nur aus einer Notiz des „Königsberger Tageblatt“, daß solche Schriften in Memel lagen. — Vert. Haase: Geben Sie zu, daß schon bei der zweiten Hausdurchsuchung Frau Nowagrotki Sie auf die zwei liegenden geliebten Schriften aufmerksam gemacht und Sie gebeten hatte, sie mitzunehmen, oder hatten Sie dazu keine Veranlassung? — Zeuge Wohlfromm: Ich gehe zu, daß das so sich abgespielt haben kann. Ich hatte keine Veranlassung damals, die beiden Hefte mitzunehmen. — Vert. Haase: Wussten Sie, als Sie am 9. November zur Hausdurchsuchung schritten, daß die roten Broschüren einen strafbaren Inhalt hatten? — Zeuge Wohlfromm: Mir war von andern Broschüren außer der zuerst beschlagnahmten nichts bekannt. — Vert. Haase: Hat die noch durch das Amtsgeheimnis gebildete Stelle (Heiterkeit), die nach Ihrer Aussage in der Voruntersuchung das russische Konsulat ist, an die Sie aus eigener Initiative die Schriften zur Durchsicht übergeben haben, auch die rote Broschüre erhalten und durchgesehen? — Zeuge Wohlfromm: Das weiß ich nicht; ich muß es jedoch ohne weiteres annehmen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Caspar: Ich bestritte die Notwendigkeit dieser Annahme und Schlußfolgerung. — Vert. Liebke: Dann müßte der russische Konsul geladen werden. — Vert. Haase: Der russische Konsul ist unbekannt wo, von Königsberg abwesend. — Vert. Haase: Herr Präsident, mein Kollege Jacobi, der der Verhandlung als Zuhörer beifolgt, teilt mir mit, daß er gestern den hiesigen russischen Konsul gesprochen habe. — In seiner weiteren Aussage über die Hausdurchsuchung bei Braun bestritt Zeuge Wohlfromm, daß dieser besonders erregt gewesen sei, und daß er, Wohlfromm, ihm gesagt hätte, Klein habe ihn belästigt. — Angekl. Braun tritt ihm lebhaft entgegen und gibt die Unterhaltung wieder, die der Kriminalkommissar Wohlfromm mit ihm gehabt habe. — Zeuge Wohlfromm: Ich kann das nicht bestritten, aber ich wüßte wirklich nicht, wie ich schon hätte wissen können, daß Klein den Braun belästigt hat. — Vert. Haase: Das wäre nur dadurch möglich, daß das Staatsanwaltschaftliche Protokoll über die Vernehmung Kleins am Tage der Hausdurchsuchung bei Braun einzutraf und der Zeuge sie erfahren hat. — Vert. Haase: Der Zeuge Wohlfromm hat in jener Zeit wohl viel auf der Staatsanwaltschaft verkehrt? — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Caspar: Der Kriminalkommissar Wohlfromm hat lange vor dem einmal auf dem Korridor mit mir gesprochen, sonst nie mit der Staatsanwaltschaft verkehrt.

Einige restierende Fragen.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen Wohlfromm beendet. Der Gerichtshof beschließt gemäß dem Antrag der Verteidiger, dem Zeugen aufzugeben, die Genehmigung der vorgelegten Behörden für sich und die andern Beamten zur Vernehmung folgender Fragen einzuholen: 1. durch wen und wann die Zeugen bzw. die Polizei Kenntnis von den Nowagrotki'schen Schriften überhaupt erhalten hat und wem die Zeugen oder die Polizei die Schriften, die geprüft werden sollten, aus den an Nowagrotki gekommenen Paketen gegeben hat; 2. wie diese Schriften dem russischen Konsulat zugänglich gemacht worden sind, und was dieses bezüglich des Inhalts der Schriften festgestellt hat.

Der unterrichtete Polizeikommissar.

Vert. Haase teilt mit, daß Frau Worchardt bereit sei, zu bekunden, daß Braun ihr am Tage der Hausdurchsuchung bereits ge-

sagt habe, von Klein sei er in einer ihm unverständlichen Weise belästigt worden.

Der Gerichtshof beschließt, Frau Worchardt sofort eidlich zu vernehmen. Diese sagt in dem angegebenen Sinne aus. — Vert. Haase: Ich stelle aus den Akten fest, daß die Staatsanwaltschaft in Memel das Protokoll über die Vernehmung Kleins dem hiesigen Amtsgericht mit dem Ersuchen übermittelt hat, es an die Polizei weiterzugeben. Wohlfromm hätte also Kenntnis von der Braun belästigenden Aussage Kleins gehabt.

Spiegel im Werke?

Zeuge Kriminalkommissar Schöffler-Königsberg bestätigt, daß Nowagrotki ihm von dem Besuch eines angeblichen Spiegels erzählt habe. Ueber das, was Zeuge vorher von dem Inhalt der Schriften gewußt hat, verweigert er bis zum Einlauf der behördlichen Genehmigung die Aussage. — Auf Befragen des Verteidigers Haase bestritt Zeuge Schöffler jede Fälschung der Königsberger Polizei mit den russischen Beamten, sowie daß sie Wigianten oder Angehörige des russischen Konsulats in Zürich zu Polizeimitgliedern benutzte habe. — Zeuge Kriminalkommissar Worchardt-Königsberg hat an den Hausdurchsuchungen bei Nowagrotki und Braun teilgenommen, kann aber nichts Wesentliches bekunden. — Zeuge Kriminalinspektor Haberlandt-Memel schildert die Hausdurchsuchungen bei Treptan, Klein und Kugel. Dieser hat nach ihm das Vorhandensein der Broschüren, die bekanntlich nachher hinter Kartoffelfärberei gefunden wurden, zuerst bestritten. — Angekl. Kugel widerspricht dem. — Zeuge Polizeibeamter Ehrenstein-Memel hat an diesen Hausdurchsuchungen teilgenommen und bestätigt, daß die bei Klein gefundenen Pakete, die bestimmt durch Frau Nowagrotki abgeholt worden waren, sehr groß gewesen seien. Vor dieser Hausdurchsuchung sei weder ihm noch der Memeler Polizei bekannt gewesen, daß die drei Angeklagten Schriften aus Rußland bekämen und weitergaben.

Die ganze Aussage ist völlig wertlos.

Zeuge Redakteur Quessel-Stettin erklärt, daß er seinerzeit mit Stubbit einerseits und Nowagrotki andererseits feste und feste Verbindungen getroffen habe, daß nur rein sozialdemokratische Schriften an Nowagrotki geschickt werden sollten. Er kenne Stubbit, sein großes Ansehen bei den Freunden, seine Besonnenheit und sei auch heute noch überzeugt, daß er keine andern als sozialdemokratischen Schriften geschickt habe. Sie wissen doch aber, daß in der russischen Partei verschiedene Strömungen bestehen, es ist ja in Deutschland ebenso. Es ist doch auch ganz unmöglich, daß in einer so großen Partei wie der sozialdemokratischen, alles auf den Buchstaben eingeschrieben ist. — Zeuge Quessel: Gewiß, aber Plechanow und Axelrod, die der Partei Stubbit gehört, sind ausgesprochene Gegner der Terroristen. So wurde Plechanow, als ich in Zürich studierte, von den Terroristen in einer Versammlung niedergeböhrt. Er ist auch einmal von seiner eignen Partei wegen des Sohns seiner Polemik gegen die Anarchisten gerügt worden. — Vert. Liebke: Plechanow hat doch früher auch eine recht extreme Stellung eingenommen. — Vert. Liebke: Es wird behauptet, daß er vor 20 Jahren Verurteilung auf das allereinstufigste.

Vert. Haase: Warum haben Sie sich geweigert, den Namen Stubbits zu nennen? — Zeuge Quessel: Ich halte es für eine Ehrenpflicht, die Namen politisch tätiger Russen zu verheimlichen, weil sie wegen Handlungen, die nach unserm Empfinden, nach unserm Rechtsbewußtsein und auch nach unserm Recht durchaus zulässig sind, in Rußland bestraft werden können. Der Zwiespalt zwischen den terroristischen, anarchistischen und den sozialdemokratischen Anschauungen ist so groß, daß vielfach sogar der gesellschaftliche Verkehr zwischen ihnen aufgehoben ist, trotz des sonstigen engen Zusammenhaltens in der russischen Kolonie. Schriftenüberlieferung und Geldmittel sind völlig getrennt. Daß Stubbit sie vermittelt hätte, ist mittel sind völlig getrennt. Daß Stubbit, der damals zum ausgeschloffen. Eher ist es möglich, daß Stubbit, der damals zum Dresdener Parteitag kam, die Adresse Nowagrotki's einem andern gegeben hat. Was die Namen der Absender angeht, so ist es ganz üblich, daß die Studenten, auch ohne zu fragen, die Namen ihrer Zimmervermieter aufgeben. Sie können das, weil die Briefträger die ankommenenden Postfächer unten an den Häusern in die betriebl. Briefkästen der Empfänger werfen und die Studenten die Schlüssel bekommen. Das ist eine sehr häufige Sendungen bekommen, als die dazu haben, weil sie viel häufiger Sendungen bekommen, als die Vermietenden. — Vert. Haase: Aber warum denn in der Schweiz die Dekadenz? — Zeuge Quessel: Herr Präsident, es gibt auch Dekadenz. Nun wechseln die russischen Studenten ihre Wohnungen häufig, nicht um sich den Spionen zu entziehen, sondern aus Lust an der Veränderung.

Auf Befragen seitens des Staatsanwalts und der Verteidigung gibt der Zeuge noch viele einzelne Auskünfte. Die russische „Revolution“ sei nicht offizielles Parteiorgan, sondern die „Iskra“. Unter „revolutionär“ verstehe man alles, was in Rußland nicht erlaubt und illegal, d. h. was nicht von der Zensur erlaubt sei.

Als Vert. Liebke nach dem Zeugen dann nach der Tendenz der sozialdemokratischen „Revolution“ fragt, unterrichtet ihn der Vorsitzende: Der Zeuge kann doch darüber nichts wissen, er kann doch gar nicht russisch. Diese ganze Zeugen aussage ist doch überhaupt völlig wertlos. — Zeuge Quessel macht noch darauf aufmerksam, daß seine Frau Klaffin sei, und daß auch die russischen Studenten seine Auffassung von der Zensur teilten.

Spiegel oder Schmuggler?

Zeuge Oberwachmeister v. Fritschen-Memel: Vor zwei Jahren erhielt ich anlässlich der Beratungen im Parlament über die Verhaftungen und Ausweisungen nach Rußland, den Auftrag, festzustellen, ob russische Agenten diesseits der Grenze tätig seien. Er habe damals Kugel im Verkehr mit vier Leuten gesehen, die er für russische Spione gehalten habe, die aber Schmuggler gewesen seien. Er habe bei Kugel eine Kiste mit Drucksachen besichtigt. Er habe bei Kugel selbst auf eigenem Wagen zur Polizei ihm mitfahren half. Bei einigen andern Schmugglern habe er nur Briefe mit Geheimnissen gefunden. (Heiterkeit.)

Die falsche Inhaltsangabe.

Zeuge Kriminalkommissar Wohlfromm: Die Behörde hat mir gestattet, auf die gestellten Fragen zu antworten. Die Schriftstücke sind durch das Steueramt auf die Polizei gekommen, ausgehändigt hat sie der Vorsteher des russischen Konsulats. Die Uebersetzung sei erfolgt durch das russische Konsulat. Es habe sich dabei nur um eine ungenaue Inhaltsangabe gehandelt. — Vert. Liebke: Danach also hatte nicht das Konsulat erklärt, daß nur die blaue Broschüre bedenklich sei, sondern Sie haben angenommen, daß die andern Schriften nichts Strafbares enthielten. Ist Ihnen bekannt, daß die Inhaltsangabe, die Sie als Abschrift vom russischen Generalkonsulat erhalten haben, im Reichstag und in der Presse als bewusste Fälschung bezeichnet worden ist? — Der Vorsitzende beauftragt diese Frage. — Erster Staatsanwalt Geh. Rat Schölke: Es handelt sich doch lediglich um eine Information, ob man einschreiten sollte. Da ist bei der notwendigen Eile ein Irrtum wohl möglich. — Vert. Liebke: Es handelt sich doch um Akte, auf Grund deren Leute auf Monate hinaus ins Gefängnis wandern müßten, da dürfte man nicht so flüchtig sein. — Erster Staatsanwalt: Damals war noch kein Melde an eine Verhaftung. Es handelt sich nur um ein objektives Verfahren.

Der Polizeikommissar spricht mit seinen Beamten.

Vert. Haase (zum Zeugen Wohlfromm): Haben Sie vorhin, als Sie entlassen wurden, mit Ihren Beamten gesprochen? — Zeuge Wohlfromm (zum Präsidenten): Wozu ich diese Frage beantwortet? — Vert. Haase: Jawohl. — Zeuge Wohlfromm erklärt auf weiteres eindringliches Befragen des Verteidigers, er habe seinen Beamten gesagt, daß jetzt Frau Worchardt über die Hausdurchsuchung bei Braun vernommen werden solle und gefragt, ob sie damals etwas von Klein gewußt und gehört hätten. Ich weiß nichts, ich kann mich nicht entsinnen, habe er hinzugefügt. — Vert. Haase: Das wollte ich nur wissen. Im übrigen frage ich noch einmal nach dem, was der Staatsanwalt schon durch eine Suggestivfrage erfahren wollte. Haben Sie vom russischen Konsulat nur erfahren wollen, ob etwas Strafbares in der Sendung wäre oder wollten Sie alles Strafbares erfahren? — Zeuge Wohlfromm: Das kann ich nicht sagen.

Kein Geheimbund.

Es wird weiter der Bericht des Königsberger Gerichts über die Vernehmung der Zeugen, die Frau Nowagrotki, der Mutter des Angeklagten, und bei 22 russischen Studenten in Königsberg mit ihrer Zustimmung eine Durchsuchung stattgefunden habe, bei der sich keinerlei Anhaltspunkte für eine geheime Verbindung ergeben hätten.

Der Gerichtshof beschließt sodann, den Zeugen Quessel wegen Verdachts der Weisheit nicht zu verurteilen. Die übrigen Zeugen werden verurteilt. Auf Antrag der Verteidigung werden der Königsberger Polizeibeamter Eeth und der russische Generalkonsul Staatsrat v. Wymodze als Zeugen vorgeladen.

Alles muß schmuggeln.

Nach einer Pause von 10 Minuten wird in der Verhandlung fortgesetzt. Zeuge Rehner-Stuttgart, Angefallener im Diebstahlvergehen, bekundet, daß Ende August vorigen Jahres an die Buchhandlung „Novobolek“ geschickt und auf Anordnung von Dieb vernichtet worden seien.

Zeuge Reichstagsabgeordneter Dieß-Stuttgart bestätigt diese Darstellung. Als er von der Einstellung dieses Prozesses gehört habe, habe er zu Rehner gesagt: „Sehen Sie, hätten Sie damals die Nummer in den Buchhandel gebracht, ohne mich zu fragen.“ — Rehner könne nicht Russisch. — So wären Sie zwar jetzt auch unschuldig, fassen aber auch auf der Anklagebank, wie „Königsberger Wessoff“ (Große Heiterkeit). Im „Buchhändler-Wochenblatt“ wurden die zwischenräumlichen die von der russischen Zensur teilweise oder ganz beschlagnahmten Schriften veröffentlicht. Diese Verbotsschriften enthält alle politische und die meisten historischen Schriften. Für diese sei auch der ganze legitime Buchhandel auf den Schmuggel angewiesen. Unter den sogenannten revolutionären Schriften, die in England gedruckt werden, befinden sich auch die des Anarchisten Kropotkin und diejenigen des Sozialisten Burzoff hätte keinerlei Partei hinter sich. Seine Schriften wären die reinste Tollheit und nur pathologisch zu erklären. Burzoff habe höchstens zuletzt einmal in England im Gefängnis geschrieben. Inzwischen sei auch seine Zeitung nicht erschienen. Er könne auch nur den Aktenstücken der letzten Jahre nicht in Verbindung stehen, da alle diese, wie dasjenige des Finnländers Schauman Einzelstücken seien.

Auf Befragen der Verteidiger spricht sich Zeuge Dieß noch über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Majestätsbeleidigungen aus. Er leite seinen Vortrag, zu dem auch die Stuttgarter sozialdemokratische „Tagwacht“ gehöre, seit 21 Jahren. Die „Tagwacht“ angeklagt worden, auch nicht unter dem Sozialistengesetz. Der überhaupt große Prozeß, an dem sein Verlag irgendwie beteiligt gewesen sei, sei eine Anklage wegen Gotteslästerung gewesen. Damals habe der Staatsanwalt 2 Monate Gefängnis beantragt, der Redakteur sei aber infolge seiner „geschickten“ Verteidigung zu 3 Monaten verurteilt worden. (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie befehle das monarchische Prinzip, halte aber Majestätsbeleidigungen für zwecklos und sinnlos. Diese Prozesse seien deshalb auch eine sehr seltene Erscheinung. Diese guten sozialdemokratischen Prozesse. (Stürmische Heiterkeit.) Vert. Haase: Aber es gibt auch eine andre sozialdemokratische Presse? — Vert. Haase: Herr Präsident, jeder weiß, daß die Zeitung der Richtung, der er angehört. Da erblickt man die Dinge im Parteilicht. Hier aber sollen wir objektiv Recht sprechen, darum müssen Sie uns bestimmte Tatsachen für Ihre Auffassung des Falles mitbringen. Das Majestätsbeleidigungen in der sozialdemokratischen Presse besonders häufig seien.

Nicht freigegebene Schriften.

Die Zeugen Kriminalinspektor Krause, Maschinenführer Sach Schupmann-Wobitzke und Schankwitz-Weber, sämtlich aus Charlottenburg, schildern alle unter sich und mit dem Angeklagten Ehrenstein übereinstimmend die Hausdurchsuchungen bei diesem und bei Weber. Dabei stellt die Verteidigung auf Befragen fest, daß die zuerst bei Ehrenstein beschlagnahmten amerikanischen Schriften, trotzdem sie als

unbedenklich begehret worden sein, noch jetzt freigegeben sein. Ferner daß die dritte Schließung in dem Augenblick ihrer Uebermittlung durch die Post beschlagnahmt worden. Die Verteidiger stellen zur Aufklärung dieses Zusammenhanges den Antrag, die bei dieser Beschlagnehmung beteiligten Beamten laden zu lassen und die Akten über diesen Vorfall sowie über eine schon vor 2 Jahren bei Weber stattgehabte Beschlagnehmung einzufordern. Sie verlangen ihre Verurteilung darüber aus, daß in den letzten die Tatsache sei, daß schon vor 2 Jahren bei Weber ohne jedes belastende Ergebnis gehandelt worden sei. Der Staatsanwalt meint, das sei gänzlich unwichtig. Vert. Saase: Es ist allerdings für die Entlastung von größter Wichtigkeit. Der Vorsitzende glaubt nicht, daß sich bei der großen Zahl der notwendig gewordenen Beschlagnahmen noch jetzt etwas wesentliches ermitteln lassen. Die Postgebeten seien übrigens vertraulich. Vert. Dieckmann: Wir müssen feststellen, durch welche Quellen der Polizei diese Nachrichten zuzuführen. Vielleicht könnten sie durch Beurlaubungen schuldig geworden sein. Die Bestellung von Akten kann nur verweigert werden, wenn dadurch die Sicherheit des Staates gefährdet wird. Der Gerichtshof beschließt gemäß dem Antrag der Verteidigung. Die Zeugen Behner, Diez und Weber werden verurteilt.

Schwarzwaren oder Druckschriften?
Die Zeugen Ziel und Artur Abel, Angestellte im Expeditionsamt, bestätigen in Eilfertigkeit, daß Mertins etwa zehn Sendungen erhalten und drei abgehandelt habe. Die falsche Bezeichnung des Absenders auf einem für Abt bestimmten Paket sei als ein aus der Verpackung zweier Pakete hervorgegangenes Versehen des Zeugen Ziel aufzufassen.

Auch der Expeditionsarbeiter Grieschat-Lilje hat Pakete von Mertins abgeholt. Er behauptet, daß Mertins gesagt habe, er solle die Pakete als Schwarzwaren deklarieren. — Der Angeklagte Mertins bestreitet das mit aller Entschiedenheit. Der Zeuge sei halber Parteigenosse und Gewerbetreibender. Er habe wiederholt mit diesem Zeugen darüber gesprochen, daß in den Kollis Druckschriften seien. Die Verteidiger, der Vorsitzende, ein Beisitzer und die Staatsanwaltschaft weisen den Zeugen wiederholt darauf hin, daß er ja an der Schwere der Akten gemerkt haben müsse, daß sie keine Schwarzwaren enthalten haben könnten und daß ein Gläubiger ohne Akten, wie Mertins, solche Schwarzwaren nicht habe gebrauchen können. — Zeuge Grieschat bleibt dabei, daß er sich darum nicht gekümmert habe. — Vert. Saase: Sie haben also nicht gewußt, daß die Pakete Druckschriften enthalten? — Zeuge Grieschat: Das weiß ich nicht. Der Zeuge beschwört seine Aussage.

Stubbit.
Die Verteidiger halten nun mit dem Staatsanwaltschaftsrat eine vertrauliche Besprechung über weitere Beweisanträge ab. Schließlich erklärt Verteidiger Saase, die Verteidigung bestreite darauf, daß der kommissarische Vernehmung Stubbits in Dorpat ein dortiger Anwalt beizuhelfe. Der Vorsitzende erklärt das für juristisch unmöglich. — Vert. Saase: In Rußland gibt es überhaupt kein Gesetz, sondern alles ist für die Regierung möglich. Die Vernehmung würde unter diesen Umständen auf die kommissarische Vernehmung Stubbits lieber ganz verzichten.
Schluß 3/4 Uhr.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. Juli 1904.

Die unterirdischen Laufgräben.

Als dem vorstehenden Bericht über den dritten Tag des Königsberger Prozesses gegen die Sozialdemokratie werden dem „Vorwärts“ telegraphisch die folgenden wichtigen informatorischen Handlungen übermittelt: Die Verteidiger sind bemüht, die Mittel, Wege und Formen aktenmäßig zu erforschen, mit denen die preussisch-deutsche Regierung sich bei der russischen um die Ehre bemühte, es möge ihr gestattet sein, den Zarismus gegen deutsche Reichsangehörige zu kämpfen, war heute ihre Aufgabe, in die geheimen Hintergründe zu leuchten, in denen der Prozeß vorbereitet und möglich gemacht wurde. Es wurden heute die Polizeibeamten von Königsberg, Memel, Lissit und Charlottenburg vernommen, die bei der Aufdeckung der „fürchterlichen“ Verschwörung tätig gewesen sind. Diese Vernehmungen haben nicht nur im wesentlichen die Angabe der Angeklagten bestätigt — wo sich Widersprüche ergaben, waren die polizeilichen Aussagen unbestimmt und unsicher —, sondern sie führen bereits an den Rand der von der Verteidigung vermuteten Wahrheit. Die deutsche Regierung hat sich nicht nur umsonst vor der russischen gedemütigt, gleichviel wie das Urteil ausfällt, die gewaltige Anklage ist schon jetzt in nichts aufgelöst oder vielmehr in weniger als nichts, in eine analphabetsche Schmuggleraffäre — die deutschen Behörden werden auch überführt, mit oder ohne Absicht der russischen Spitzelwirtschaft Vorhub geleistet zu haben.

Aus der Vernehmung des Königsberger Polizeikommissars Wohlstromm ergibt sich eine Intimität zwischen den deutschen Zollbehörden und der russischen Polizei, die unsere Zollverwaltung als eine Filiale der russischen Zensur erscheinen läßt. Es ist das Recht und die Pflicht der Zollbehörde, eingehende Schriften auf ihre Identität mit der offiziell in Deutschland verbotenen Schriften zu prüfen, um sie nötigenfalls zurückzubehalten; niemals aber hat sie Druckachen auf einen etwaigen strafbaren Inhalt zu prüfen und dann zu konfiszieren. Wenn auch der Erste Staatsanwalt diesen fundamentalen Unterschied zwischen jener berechtigten und dieser rechtswidrigen Praxis durchaus nicht einsehen wollte, so liegt doch klar, daß die Zollbehörde durch eine derartige Praxis eine ungeheuerliche Vereinigung von Schwarzem Kabinett, Wochschatterpolizei, russischer Zensur und administrativer Justiz werden würde. Und zu solcher kompromittierenden Aufgabe hat sich tatsächlich die Königsberger Ober-Steuerdirektion hergegeben.

Nowagroski hat im ganzen vier verschiedene Sendungen erhalten. Nur zwei Broschüren haben nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft ausgeprägt terroristischen Charakter und fordern zu gewalttätigem Umsturz und zum Zarenmord auf: die Schrift von Burzeff, nach dem Umsturz die blaue Broschüre genannt, und die Abhandlung von Madgy, die rote Broschüre. Burzeffs tolle Phantasie wurde bei dem zweiten Besuch des Kriminalkommissars Wohlstromm in einigen 90 Exemplaren beschlagnahmt, während zwei Exemplare der in einem kleinen Paket befindlichen roten Broschüre trotz ausdrücklicher Anweisung der Frau Nowagroski liegen gelassen und erst bei dem dritten polizeilichen Besuch, der eigentlichen

Hausdurchsuchung, konfiszirt wurden. Der natürliche Wohnort der durch die Zurücklassung der beiden Exemplare der Schrift Madgys ertrotzt werden muß, wird fast zur Gewissheit, wenn man erfährt, daß auch die rote Broschüre vorher auf der Polizei oder dem russischen Generalkonsulat in Königsberg gelesen sein muß.

Das also war das Geschäftsverfahren: Bei der ersten Sendung, die Nowagroski erhielt, nahm der Vorsteher des Steueramts eigenhändig je ein Exemplar der in dem Paket enthaltenen Schriften an sich; die Sendung selbst wurde dann Nowagroski ausgeliefert. Der Zollbeamte expedierte durch Boten oder durch die Post die zurückbehaltenen Probe-Exemplare an die Polizei, die sich ihrerseits mit dem russischen Generalkonsulat in Verbindung setzte. Mit den folgenden Sendungen an Nowagroski wurde ebenso verfahren mit dem Unterstaatssekretär Herr Wohlstromm persönlich von dem leitenden Beamten der Steuerdirektion mit der Uebergabe der zurückbehaltenen Stücke betraut wurde. Auf diese Weise kam die russische Behörde zur Kenntnis der Dedakadressen, und es war für sie ein leichtes, wenn die ersten Sendungen, die wirklich von Stubbit stammten, einen bedenklichen Inhalt hatten, die Schriften von Burzeff und Madgy gleichfalls an Nowagroski schicken zu lassen und auf diese traditionell russische Manier der gewünschten Verschönerung gegen den Zaren nachzuhelfen.

Die Verteidigung hat nun zu Freitag den russischen Generalkonsul und den deutschen Obersteuerdirektor als Zeugen laden lassen, und diese werden u. a. zu bekunden haben, wann die Pakete mit terroristischen Schriften eingegangen sind, die Pakete, die außerdem sich von den andern durch eine verschwörungsmäßig auffällige Siegelung und Verschmierung unterscheiden. Ohnehin hat das russische Generalkonsulat schon auf andre Weise dem hochverrätherischen Geheimbunde nachgeholfen und die Zitate aus Burzeff und Madgy in der Uebersetzung gefälscht.

Als die Verteidigung diese Fälschung erwähnte, die in der Presse und im Parlament als bewusste Fälschung bezeichnet worden sei, versuchte die Staatsanwaltschaft diese Uebersetzertätigkeit der russischen Behörde zu entschuldigen: das sei ja nur „in der Eile“ hingeworfen. „Aber daraufhin“, bemerkte Dieckmann, „sind unschuldige Menschen ins Gefängnis geworfen worden.“ „Ach, nicht doch!“ erwiderte der Erste Staatsanwalt, „auf diese Uebersetzung hin ist niemand verhaftet worden. Sie diente nur zur Beschlagnehmung der beiden Broschüren.“ Der gute Staatsanwalt hat „ganz vergessen“, daß diese „in der Eile“ gefälschten Uebersetzungen nicht nur die Grundlage seiner Anklageschriften bilden, sondern auch auf seine Autorität hin vom Justizminister im Abgeordnetenhaus verlesen worden sind, um zu zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie eigentlich eine geheime Organisation zur Ermordung des Zaren sei.

Und jetzt diese hilflose Abwägung! Wenn ein sozialdemokratisches Wort derart „in der Eile“ raten und Worte der Herrschenden fälschen würde, wie würden sich alle preussischen Staatsanwälte entrichten, selbst wenn es sich nur um einen absichtslosen Irrtum handeln würde!

Die Aufdeckung der Beziehungen zwischen deutscher Zollbehörde, deutscher Polizei und russischem Generalkonsulat war das eine wichtige Ergebnis der heutigen Verhandlung. Das zweite liegt in derselben Richtung und bildet einen weiteren Beweis für das vermutete System. Beim Fall des Genossen Ehrenpfort hat sich das Wunder ereignet, daß dem Charlottenburger Gastwirt Weber ein ihm adressiertes Paket mit russischen Schriften in demselben Augenblick von zwei Kommissaren beschlagnahmt wurde, als es der Postbote brachte. Auch dieses Wunder kann nur durch unterirdische Beziehungen erklärt werden. Es sind die Charlottenburger Polizeibeamten geladen und die Akten eingefordert worden, die Licht in die Affäre bringen könnten, sofern nicht etwa durch das Dienstgeheimnis die Sicherheit des Deutschen Reiches gerettet werden soll.

Im übrigen gehörte der heutige Tag den Zeugenaussagen der Genossen Quessel und Diez. Quessel, der frühere Königsberger Uhrmacher und jetzige Doktor der Staatswissenschaften, Redakteur des Stettiner Parteiorgans, bestätigte, daß Nowagroski ausdrücklich die Bedingung gestellt habe, nur sozialdemokratische Schriften in deutschem Sinne anzunehmen. Stubbit aber sei ein Sozialdemokrat deutscher Art und es sei undenkbar, daß er Broschüren von Burzeff und Madgy geschickt habe. Quessel entwarf ein anschauliches Bild der russischen Partei-Strömungen und des eigenartigen Lebens und Denkens der russischen Studenten in der Schweiz. Diez und ein Angestellter seines Verlags bekundeten, daß auch ihnen einmal unangefordert Exemplare der Burzeffschen Schrift zugegangen seien, die aber vernichtet worden seien. Burzeff werde von allen Russen für einen Karren gehalten und auch Madgy habe niemand hinter sich. Diez entwarf zugleich eine Skizze der russischen revolutionären Literatur und erklärte, daß natürlich der Buchhandel, da so ziemlich die ganze westeuropäische Literatur in Rußland verboten sei, auf irgend eine Weise schmuggeln müsse.

Das Gericht und die Staatsanwaltschaft fühlten heute keine besonders aggressiven Neigungen mehr. Eigentümlich war das unterschiedliche Verhalten, daß alle Belastungszeugen sofort verurteilt wurden, während bei den Entlastungszeugen die Verteidigung ausgehört und erst nach der Vernehmung vorgenommen wird, sofern sie nicht, wie bei Quessel, abgelehnt wird. In den Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern, dem Vorsitzenden und den Staatsanwälten, die am Schluß geführt wurden, erkundigte sich Saase nach der russischen Antwort über das Verhör Stubbits, der im Gefängnis zu Minsk saß. Rußland vergilt nicht die deutsche Dienstfertigkeit, die russischen Behörden verweigern in diesem Prozeß, der im russischen Interesse geführt wird, jede Hilfeleistung. Man hat abgelehnt, Stubbit zur Ver-

handlung vorzuführen, und auf den Antrag kommissarischer Vernehmung ist bisher nicht einmal eine Antwort erfolgt. Die Verteidigung besteht darauf, daß zu der kommissarischen Vernehmung in Minsk ein Rechtsanwalt zugelassen wird, sonst verzichtet sie überhaupt auf die Vernehmung.

Wird Deutschland wirklich keinen Finger rühren, um wenigstens das durchzusetzen, daß Rußland die ordentliche Vernehmung des wichtigsten Zeugen zuläßt? Eine frechere Verhöhnung der preussischen Justizaktion zugunsten des Zarismus läßt sich nicht denken als solche Weigerung.

Ohm Paul Krüger.

Paul Krüger, der ehemalige Präsident der ehemaligen südafrikanischen Burenrepublik, ist gestorben. Als der Repräsentant eines selbstherrlichen, republikanisch regierten Volkes, das durch seinen Kampfs gegen die englische Uebermacht jahrelang die Welt mit atemloser Bewunderung erfüllte, ist er in der ganzen Welt, der britischen ausgenommen, eine der volkstümlichsten Gestalten geworden. Die bürgerliche Presse, die sich überall, wo es sich nicht um Interessen des Kapitalismus handelt, der Volksstimmung geschmeidlich anpaßt, wird nicht verfehlen, auf den Sarg Ohm Pauls Berge von Lorbeerkränzen zu häufen.

Wenn aber die Geschichte unsrer Zeit kein hundertbildertes Legendenbuch für große Kinder, sondern ein Gegenstand ersten politischen Interesses ist, der wird auch am offenen Grabe dieser sagenumspunnenen Heldengestalt mit der Wahrheit nicht zurückhalten können. Und diese Wahrheit ist, daß fast alles, was dem alten Herrn an sympathischen Tugenden nachgerühmt wurde, freie Erfindung der Volksphantasie ist, die, sofern ihr die politische Zügelung fehlt, noch immer nicht umhin kann, die Welt an Engel und Teufel zu verteilen und sich die Entwicklung der Völker ohne Gelden und Intriganten, die im Vordergrund miteinander ringen, nicht denken kann.

Indes — seit die Leidenschaften der südafrikanischen Kämpfe verklüht sind, haben einsichtsvolle Betrachter jener großen Begebenheiten längst vorurteilslos denken gelernt. Das Volk, an dessen Spitze Paul Krüger stand, war — unbeschadet seiner guten Eigenschaften — durchaus nicht das fromme Girtenvolk mit milden Sitten, in das der britische Wolf mordend einbrach. Man braucht die Engländer nicht besser zu machen als sie sind, um auch die Buren als das, was sie sind, zu erkennen. Die Umländer (Ausländer), deren Rechtlosigkeit den Kampf heraufbeschworen, sind gewiß zum guten Teil nicht bloß Vertreter, sondern geradezu Auswürlinge der kapitalistischen Gesellschaft gewesen. Aber was sie in die Empörung gegen Krügers Regiment trieb, das war nicht etwa eine nicht vorhandene Strenge, mit der man ihrem wilden Treiben entgegengetreten wäre, sondern die ungeheuerliche phlegmatische Mißwirtschaft, die unter dem Regime des verstorbenen Präsidenten herrschte. Diese Leute schmeißen sich nach der englischen Verwaltung, weil diese allein willens und imstande war, die Ansprüche einer kapitalistisch entwickelten Gesellschaft an den Staat zu befriedigen.

Eine Möglichkeit, bessernd einzugreifen und Selbstverwaltung zu üben, fehlte diesen eingewanderten Elementen, die bald die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, die sieben Axtel der Staatseinnahmen aufbrachten und dabei doch völlig rechtlos blieben. So wurde das einfältige, fromme Girtenvolk mehr und mehr zu einer ausbeuterischen Oligarchie. Die Ausgaben für die Verwaltung, die in die Taschen beamteter Burenfamilien flossen, betrugen noch im Jahre 1886 nur etwa über eine, im Jahre 1899 aber schon 24 Millionen Mark.

Gleichzeitig blühte — der einzige Punkt, in dem sich Umländer und Buren finden mochten —, unter Paul Krüger die kapitalistische Korruption. Von 25 Mitgliedern des ersten Volksraad wurden im Streitfall der Selati-Eisenbahn nicht weniger als 21 der Bestechung geziehen. Unter den Nachschiff-Empfängern befand sich nicht nur der Vizepräsident Schalk Burger, sondern auch der Schwiegerjohn Krügers, Egloff, und später stellte sich vor dem Gerichtshof zu Brüssel heraus, daß auch „Ohm Paul“ in eigener Person gar nicht unzugänglich gewesen sei für Präzente, von denen man weiß, wozu man sie gibt. Auch im „Girtenlande“ Transvaal gehörte das Millionärwerden nicht zu den reinlichsten aller Handwerke. Paul Krüger aber, der einst als wandernder Hirt nach Transvaal gekommen war, hat sein ehemaliges Vaterland mit schweren Kisten und Kasten verlassen. Von der Not der Burenkämpfer, für die man in Europa sammelte, hat er nie etwas verspürt.

Paul Krüger war fromm, und das hat — neben der überlieferten Englandfeindschaft — viel dazu beigetragen, daß die alldeutsche und allprotestantische Presse sein Lob in den hellsten Tönen singt. Die „Tägliche Rundschau“ nennt ihn den „großen Christen“, der „nur mehr der Bibel und seinen Erinnerungen lebte“. Krügers Christentum — von des wahrhaft „großen Christen“ Tolstoi Religion firusweit entfernt —, war aber die echte holländische Wynheer-Frömmigkeit, die jeden erwachten Gulden mit frommen Sprüchen bewillkommt. Die Bibel Paul Krügers und Paul Krügers Erinnerungen, das sind zwei Dinge, die schlecht zu einander passen. Denn so wenig wie die geschilderten kapitalistischen Praktiken hat die Viehische Brutalität, mit der unter Krügers Herrschaft die schwarzen Ureinwohner des Landes behandelt wurden, irgend etwas mit dem Christentum zu tun.

Schon gar, wenn in diesen Tagen wieder auf das „unterdrückte“ Geldvolk der Buren die Rede kommen sollte! Die Buren, deren Fall eine große nationale Tragödie war — freilich eine Tragödie nicht ohne tragische Schuld — sind unter der englischen Fremdherrschaft sicherlich viel freier, als es die guten Deutschen unter ihrer eignen nationalen Regierung sind! Diesen guten Deutschen ziemt es nicht, über fremde Tyrannen zu klagen, so lange ihnen für die eigene, viel schwerere aller sittliche Ermahnungen abgeht.

Organisationsfragen.

II.

Die Erörterungen über die Parteio rganisation suchen vornehmlich zwei Fragen zu beantworten: Wie stärken wir die Parteifinanzien und wie machen wir den Parteio rganismus schlagfertiger, leistungsfähiger auch in agitatorischer Hinsicht? Daneben spielen noch einige andre Fragen, wie die Vertretung der Fraktion auf den Parteitag, das Verhältnis des Wahlkreises zur Gesamtpartei und der Ausschluß aus der Partei — „Probleme“, die der Dresdner „Jungbrunnen“ aktuell gemacht hat —, eine Rolle. Auch diese Fragen sind wichtig genug, und wenn man eine Reorganisation der Partei vornehmen will, müssen sie mitgerechnet werden; wir wollen sie aber in Nachstehendem außer acht lassen und uns darauf beschränken, die beiden ersten Punkte zu besprechen.

Einstimmigkeit der Meinungen herrscht darüber, daß es wünschenswert ist, der Partei stetig fließende Einnahmenquellen zu erschließen, die selbstverständlich niemals zu viel Geld in die Parteikasse befördern können. Die Mittel, die der Partei zufließen, werden schon Verwendung finden und schon wäre es gewiß, wenn wir auch dann, wenn nicht Wahlen vor der Tür stehen, eine nachhaltige Agitation betreiben könnten, die sich mehr prinzipielle Vertiefung sozialistischer Ideen als Erzielung von Augenblickserfolgen angelegen sein läßt. Die Breslauer „Volkswacht“ will das erreichen durch Ueberziehung des Landes mit einem Netz von Agitatoren, deren berufsmäßige Pflicht die Unterstützung der kleineren Organisationen und die planmäßige, ununterbrochene Agitation in den zurückgebliebenen Provinzen und Bezirken sein soll. Soweit unser Breslauer Bruderblatt nachdrücklich die Notwendigkeit der Anstellung besoldeter Parteisekretäre betont, sind wir mit ihm eines Sinnes. Damit sollten die größeren Parteior te vorangehen, die aus eignen Mitteln auch ihre Parteibeamten erhalten können, und kleinere Orte werden dann folgen. Ihnen könnte dann ein Zuschuß aus der Parteikasse zuteil werden.

Diese Parteisekretäre sind aber nicht nur Agitatoren, sie haben auch — in großen Städten vielleicht in erster Linie — Verwaltungsaufgaben der Partei zu erledigen, Material zu sammeln über Vorgänge in ihrem Bezirk, die kommunale Tätigkeit zu unterstützen, oft werden sie sich auch in der einen oder andern Weise dem Parteio rganismus erweisen können. Das macht ihre Tätigkeit sympathischer wie die des bloßen Agitators. Für Schaffung solcher Stellen können wir uns nicht so sehr erwärmen. Nichts ist geisttötender, als die ständige agitatorische Tätigkeit. Kein Mensch kann das ununterbrochen längere Zeit aushalten, wenn er nicht zur Sprechmaschine herabsinken will, wie die Wanderredner des Bundes der Landwirte. Solche Leute verlieren auch an Zugkraft in ihrem Bezirk und werden schließlich nach einiger Zeit den Ort ihrer Wirksamkeit verlassen müssen, wenn sie nicht vor leeren Bänken reden wollen. Die Agitatoren müssen also ständig mit ihren Bezirken wechseln, was den ganzen Vorteil dieser Einrichtung

wieder aufheben würde. Dazu kommt der Mangel an Versammlungsorten gerade in den Gegenden, wo solche besoldeten Agitatoren das Hauptgebiet ihrer Wirksamkeit zu erblicken hätten.

Wir meinen, die Agitation soll niemals im Hauptamt betrieben werden; auch nicht die, die nur in Versammlungen besteht. Eine geregelte, feste Tätigkeit ist auch für die Agitatoren in vorgeschobener Orten Bedürfnis. Man unterstütze daher lieber aus Parteimitteln die Presse, sie kann ihre Redakteure vermehren und dem einzelnen mehr Zeit zur Agitation geben; oder man schaffe Arbeitersekretariate, die unentgeltlich jedermann Rechtsauskunft und Rechtshilfe erteilen, und lasse diese Arbeitersekretäre im Nebenamt den Agitator spielen. Das wirkt besser wie die Anstellung von Kuragitatoren.

Wir sind also mit der Verwendung größerer Geldmittel zu Agitationszwecken einverstanden, möchten sie aber in anderer Weise verwandt wissen, wie das von Breslau vorgeschlagen wird. Woher aber die Gelder nehmen? Unser Organisationsreformer in Breslau schlägt eine Zentralisation der Partei vor, die ähnlich organisiert werden soll, wie ein gewerkschaftlicher Zentralverband. Jedes Mitglied soll pro Monat 10 Pf. an die Zentralkasse der sozialdemokratischen Partei zahlen, und nur der ist organisierter Genosse, der sein Mitgliedsbuch vorzeigen kann.

Der Vorschlag ist schön. Durchgeführt würde er auch der Partei eine dauernde, regelmäßige Einnahme von etwa 300 000 Mark pro Jahr bei 250 000 organisierten Parteigenossen schaffen, wozu dann noch die außerordentlichen Beiträge aus den Ueberflüssen aus den Parteigeschäften kämen, die zu außerordentlichen Zwecken, bei Wahlen usw., evtl. Verwendung fänden. Für die auch uns wünschenswert erscheinende Vermehrung der Mitglieder des Parteivorstandes, evtl. Schaffung einer Agitationskommission, Anstellung besoldeter Gauleiter, Subventionen an die Presse, Arbeitersekretariate usw. ständen Mittel zur Verfügung, auf deren Eingehen der Parteisekretär mit ziemlicher Gewißheit rechnen könnte. Zugleich würde auch durch eine solche Zentralorganisation die Schlagfertigkeit der Partei erhöht, die Ansätze zur Parteibureaucratie, die sich so häufig bemerkbar machen, könnten überwunden werden, wenn der ganze Verwaltungsmechanismus der Partei auf diesen zahlenden Massen aufgebaut würde.

Das alles sind Gesichtspunkte, die für den Vorschlag unseres Breslauer Parteio rgans sprechen. Wir stehen aber seiner Ausführbarkeit doch einigermaßen skeptisch gegenüber. Nicht, wie Genosse Pfannkuch in Hannover meinte, weil zu viel Beamte notwendig wären. Die können wir gut gebrauchen, und daß wir genügend organisatorische Talente fänden, das lehrt ein Blick auf die Gewerkschaften, die noch immer Leute genug gefunden haben, wie sie brauchen, um ihren viel weiter gehenden organisatorischen Anforderungen Genüge zu leisten. Aber eine Organisation, die im Laufe der Entwicklung ihre heutige Form angenommen und sich auch lange Zeit bewährt hat, die kann nicht so leicht umgemodelt werden. Dazu kommt der Umstand, daß die einzelnen Landesparteien Deutschlands weder ökonomisch noch poli-

tisch gleich leistungsfähig sind. Das erschwert die Ausführung des Breslauer Vorschlags, der uns etwas schablonenhaft vorkommt. Zu erörtern bleibt auch noch die Frage, wie die Organisationen in den Gliedstaaten in die Organisation für das Reich eingefügt werden sollen, von Hindernissen, die etwa in den Vereinsgesetzen einzelner Staaten vorliegen, ganz zu schweigen.

Es ist aber für alle Fälle gut, daß die Frage aufgerollt wurde. Die Diskussion kann nur Klarheit wirken, und sie wird dieses besonders dann tun, wenn auch unsere Genossen in Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen sich dem Plan äußern.

Der Bremer Parteitag wird ebenfalls noch nicht über die aufgerollten Fragen entscheiden. Aber verhandeln kann er darüber, und da zu erwarten steht, daß das eine Parteiblatt, das auch bei dieser Frage die „radikale“ Brille aufsetzte, um die „revisionistischen“ Spuren der Organisationsreformer zu entdecken, allenthalben den Parteilerfolg erntet, der ihm gebührt, darf wohl auch eine rein sachliche Debatte erwartet werden, was ja heutzutage leider nicht mehr zu den Selbstverständlichkeiten in unserer Partei gehört.

Gewerkschaftsbewegung.

Bauarbeiteraussperrung in Mitteldeutschland.

Der Verband hauseigener Unternehmer zu Frankfurt am Main hielt gestern im „Kaiserhof“ auf dem Goetheplatz zu Frankfurt a. M. eine Sitzung ab, die von 130 Mitgliedern besucht war und die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter zum 16. Juli beschloß. Am 21. Juli, am Donnerstag nächster Woche, soll auch die Kündigung der unorganisierten Arbeiter für den 23. Juli eintreten, falls bis dahin die bestehenden Differenzen nicht beglichen sein sollten. Veranlassung zu diesem Beschluß gab, wie in der Debatte dargelegt wurde, die angebliche Parole der Arbeiterführer, die Arbeiter sollten, wenn sie gefragt würden, ob sie organisiert seien, die Zugehörigkeit zu einer Organisation verleugnen. Die Arbeitgeber übernehmen die Verpflichtung, ihre alten Arbeiter, wenn sie davon überzeugt sind, daß diese einer Organisation nicht angehören, in angemessener Weise zu unterstützen, damit diese Arbeiter nicht durch die Maßregel zu leiden haben. Das letztere ist natürlich nur der reinste Humbug und ein Trick der Unternehmer, die Leute von der Organisation fernzuhalten.

Die Unternehmer haben einen schweren Kampf heraufbeschworen, der ihnen noch wehthun werden wird. Die Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer und Maurer sind wohlgerüstet und werden den Bauprotest schon zeigen, daß ihre Macht eine Grenze an der Macht der Organisation findet. Die Unternehmer wollten den Kampf, der einzig und allein gegen die Organisation gerichtet ist. Die Bedingungen waren schon so gestellt, daß man wußte, die Arbeiter würden sie nicht annehmen können. Die Arbeiterschaft im Maingau und Rheingau wird sich in den nächsten Wochen auf einen Kampf einrichten müssen, wie er an Größe und Ausdehnung in der Bauarbeiterbranche noch nicht dagewesen sein dürfte.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Kraft-Mayr.

Ein humoristischer Familien-Roman.

Dem Andenken Franz Biszys gewidmet von Ernst v. Wolzogen

(61. Fortsetzung.)

Florian sprang auf und schüttelte dem Baron die Hand: „Sie haben mir aus der Seele gesprochen!“ rief er begeistert. „Schauen S', erst hab' ich Arzt werden wollen — und jetzt will ich auch so von der Krankheit meiner Mitmenschen leben. Es muß mir wohl im Blut stecken. — Sie, Herr Baron, warum lassen S' des net drucken?“

„Hab' ich ja getan, hilft ja doch nichts: Symptome kann man nicht kurieren. Entschuldigt nur, Kinder, daß ich Euch einen solchen Verrücktheit dahergeredet habe — ich meinte nur, es sei immer nützlich, sich unter Gleichgesinnten klar zu werden. Aber jetzt reden wir von was anderem! — Sie, Herr Mayr, wissen Sie denn, daß die ganze Berliner Gesellschaft, die wir damals beim Raphael Silberstein beisammen trafen, zur „heiligen Elisabeth“ hierher kommt? Der Gais mit Anhang, Tomatschek mit Tochter und — na, und noch so ein paar schöne Leute!“

„Haben Sie Fräulein Tomatschek noch immer nicht — gebessert?“ fragte Florian lachend.

„Ach nein, leider nicht!“ versetzte der Baron, „ich werde sie meinem Freunde Dettner anvertrauen müssen. Uebrigens, da fällt mir ein: was macht denn das prachtvolle Frauengimmer, die Monika Badacs? Wissen Sie noch, wie wir gelacht haben an dem Abend?“

Der Baron sagte das ganz harmlos und merkte nicht, wie sein Freund Dettner ihm bedeutungsvoll mit den Augen abzwinkte. Florian aber bekam plötzlich einen ganz heißen Kopf und ganz kalte Hände. „Um,“ machte er verlegen, „da werden Sie sich auch an Ihren Freund wenden müssen, Herr Baron!“

Herr von Dettner pfiff durch die Zähne: „Wo — un-

de plus!“ Und er drohte Jean d'Dettern neckisch mit dem Finger.

Der steckte sich ruhig eine frische Zigarette an, dann griff er mit der Rechten ein paar Akkorde, während er, den Kopf über die Schulter zurückwendend, mit liebenswürdigstem Lächeln zu Florian sagte: „Verleumdung — würdigstem Lächeln zu Florian sagte: „Verleumdung — ganz gemeine Verleumdung: Sie kennen ja Fräulein Badacs — nun, wir sind alte Freunde — Sie sind junge Freunde — das ist der ganze Unterschied! Also — unnatürlich... Discretion selbstredend! Aber sie ist charmant — was kann da sein — unnatürlich! Und sie schwärmt so von Ihnen: das große Herz usw. — ich begreife vollkommen!“

Die abgerissenen Sätze und Worte schlugen Florian ans Ohr, ohne daß er imstande gewesen wäre, ihren Zusammenhang zu erfassen. Er war sich nur bewußt, daß er einen roten Kopf hatte und daß er wahrscheinlich eine recht unglückliche Figur spielen würde, wenn er jetzt noch anfangen wollte, grob zu werden. Darum schüttelte er vor, keine Zeit mehr zu haben, und nahm einen etwas überstürzten Abschied.

Herr von Dettner überreichte ihm seinen Zylinder, sowie seine „deutsche Rebe“ und forderte ihn in vollendeter Höflichkeit auf, seinen Besuch doch ja recht bald zu wiederholen. Mit dem Baron verabredete Florian noch eine Zusammenkunft im Genelli-Zimmer des „Gasthofs zum Adler“, wo sich verschiedene Künstler und Literaten allabendlich zu treffen pflegten, und dann verließ er sich mit einigen ungeheuren Büchlingen aus dem Atelier hinaus, das er als grimmer Mäher seiner Ehre betreten hatte.

Er hatte eine anregende Stunde verlebt, eine ihm wertvolle Bekanntschaft erneuert und eine andre nicht minder wertvolle gemacht. — Und trotzdem war er unzufrieden mit sich selbst und ganz in der Stimmung, zur Entschädigung für das eine Opfer, das ihm entgangen war, deren mehrere vor seinen Knüttel zu fordern.

Als er vor seiner Haustür angekommen war, überlegte er sogar einen Moment, ob er nicht aus irgend einem Grunde den Mäher Crookes durchprügeln könnte. Der Mann hatte ihm nicht wenig dadurch geärgert, daß er sich geweigert hatte,

für die Mikulskas etwas zu tun, und zwar mit der Begründung, daß ihm jenes so jäh unterbrochene Handwerk schon teuer genug zu stehen gekommen wäre. Sie hätten ihm nicht einmal den übrigen Champagner überlassen — außerdem seien seine Wags fett jenen Abend rebellisch geworden. Eine solche Bestimmung schien Florian zweifelsohne einer guten Nacht Preis wert; aber sie wäre doch nicht sehr post festum gekommen, nachdem die arme Helena schon acht Tage begraben war. Außerdem hatten sie sich und Wos neuerdings so innig an ihn angelehnt, daß er ihnen doch nicht gut den leiblichen Vater herbeibringen konnte.

Blötzlich schlug er sich mit dem Kopf und titulierte sich ganz laut einen Esel. Und die nachschweifendsten Ideen verfiel er in seinem blinden Zorn, statt einfach zur Züchtigung der Hauptjünderin, Frau Badacs, zu schreiten.

Das Fräulein war nicht zu Hause. Da jedoch die Wirkin den Herrn Baron so wohl kannte, nahm sie keinen Anstand, ihn im Saal des Fräuleins warten zu lassen. Aber schon nach fünf Minuten hielt er es vor Ungeduld nimmer aus. Ingeraten überkam ihn ein leichtes Bangen, daß es der bösen Monka vielleicht ebenso leicht wie ihrem vornehmen Freunde gelingen möchte, seinen Zorn durch Liebeswörter zu entwaffnen. Sie konnte halt doch sehr nett sein; und wenn sie gar zu weinen anfing — o ja, dann war's schon um seinen schönen Zorn! Er suchte sich also unter dem unordentlich herumliegenden Stroh von mannigfachen Gebrauchsgegenständen einen Bogen Papier nach Umföhlag heraus und tat darauf seine Meinung schriftlich kund. Seine Feder flog nur so; denn seine Meinung hatte er ja beisammen, und es war keineswegs seine Absicht, sie zu verblümen. Er sagte also der Schönen, wofür er sie hatte, und daß er keineswegs gesonnen sei, mit ihr die Stunden fortzusetzen oder überhaupt auf einem andern Fuße als auf dem kühlsten Höflichkeit zu verkehren. Er brühte das in einem Stül aus, der entschieden weder brudert, noch parlamentarisch war, und den man am besten mit dem „Knüttelprofa“ bezeichnen könnte. Ohne es noch einmal durchzulesen, steckte er das Schreiben in den Umföhlag, setzte die Adresse darauf und ging alsdann zufrieden seinen Weg.

Da... kann ausgehen, wie er will, soviel... fest, und die kämpfenden Bauarbeiter die Sympathien der ganzen Bevölkerung auf ihrer Seite haben.

Die streikenden Leipziger Klempner hatten das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, die Innung lehnte die Verhandlungen aber ab. Darauf beschloßen die Gesellen, den Generalstreik in verschärfter Weise fortzusetzen.

Bauarbeiterausperrung in Stockholm. Auf Beschluß der Baumeistervereinigung erfolgte gestern mittag die Aussperrung der Maurer, Zimmerleute und Bautischler wegen Lohnstreitigkeiten. Von der Aussperrung werden 4000 Personen betroffen.

Sämtliche Spinnereien von Dolhain, Limbourg und Umgebung in Belgien sind geschlossen worden, wodurch Hunderte von Arbeitern ohne Brot sind. Infolge dringender Vorstellungen verlangten die Arbeitgeber, daß von 5 1/2 Uhr morgens bis 8 Uhr abends gearbeitet werde, worauf die Arbeiter nicht eingingen. Die Fabrikknüpper verdienen nur 14 bis 15 Frank wöchentlich.

Gewerbliche Schiedsgerichte und Einigungsämter.*

Der Gedanke, Schiedsgerichte zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten zu errichten, ist alt. Die Römische hatten solche Einrichtungen und in der neueren Zeit taucht der Gedanke auf, sobald es zu größeren Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Industriellen gekommen ist. Das ist leicht erklärlich. Streiks stören immer das Wirtschaftsleben und wenn auch nicht veranlaßt werden soll, daß Unternehmer und Arbeiter oftmals auch Vorteile infolge des Stillstands der Arbeit haben, so darf doch wohl angenommen werden, daß die ungünstigen Folgen der Arbeitsstörungen die günstigen Folgen derselben bei weitem überwiegen. Aus dieser Einsicht erwuchs der Gedanke, Arbeitsstreitigkeiten nicht durch das Mittel des Streiks, sondern durch Einigungsämter oder Schiedsgerichte zu erledigen. Bei der Erörterung dieses Themas ist es nun vor allem notwendig, Arbeitsstreitigkeiten, die aus einem bestehenden Arbeitsvertrag resultieren, genau zu scheiden von den Arbeitsstreitigkeiten, die entstehen, wenn ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen werden soll.

Die Beurteilung der Schiedsgerichte hat nun vor allem von dem Gesichtspunkt aus, wie sie auf die Gewerkschaftsbewegung einwirken, zu erfolgen. Da ist denn gleich darauf hinzuweisen, daß das Streben der Gewerkschaften, kollektive Arbeitsverträge oder Tarifgemeinschaften abzuschließen, im engsten Zusammenhang mit unserm Thema steht. Gewerbliche Schiedsgerichte und Einigungsämter sind die ersten Organe zum Abschluß kollektiver Arbeitsverträge, denn ihr Spruch bindet stets eine Anzahl von Arbeitern, oft auch von Unternehmern. Die Zuneigung der betroffenen Vereinbarungen hängt aber davon ab, daß auch Gewerkschaften vorhanden sind, die die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen überwachen. Sind in einem Berufe oder stark Gewerkschaften vorhanden, dann bilden sich recht bald andere Organe zum Abschluß von Verträgen und zur Entscheidung von Streitigkeiten. Das Streben geht dann dahin, „Unparteiische“, die außerhalb des Gewerbes stehen, und die bei Schiedsgerichten immer eine große Rolle spielen, auszuscheiden. Die Geschichte der großen, englischen Gewerkschaften lehrt uns deutlich diesen Prozeß; hier haben sich vielfach Organe zur Entscheidung von Streitigkeiten gebildet, die nur erst später als „Gewerbliche Schiedsgerichte“ organisiert sind. Diese scheiden genau zwischen dem Abschluß neuer und der Interpretation bestehender Verträge und übertragen die Entscheidung über diese beiden Arten von Streitigkeiten bestimmten Organen, die aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzt sind. Der unparteiische, außerhalb des Gewerbes stehende Schiedsrichter ist vollständig entbehrlich geworden. Das erscheint auch als das Richtige. Der „Unparteiische“ wird meistens den Unternehmern näher stehen, wie den Arbeitern. Auch seine Sachkenntnis wird immer geringer sein wie bei Schiedsrichtern, die aus dem Berufe selbst hervorgehen und schließlich

* Nach einem Vortrag des Genossen August Müller im Magdeburger Gewerkschaftsartell.

ber... des Prinzip des kollektiven Arbeitsvertrages, daß die Organisation der Arbeiter und Unternehmern, die Arbeitsbedingungen festsetzen, anstatt wie beim Schiedsgericht, der Meinung außerhalb des Gewerbes stehender Schiedsrichter einen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuräumen. Das Streben der Gewerkschaften muß daher darauf gerichtet sein, zu Tarifverträgen zu gelangen, die auch Einrichtungen zur Schlichtung von Streitigkeiten vorsehen. Die Schiedsgerichte, in denen „Unparteiische“ ihren Spruch abzugeben haben, sind nur Übergangsformen, die heute nicht zu entbehren sind; die aber entweder durch Gewerkschaftsvereinigungen ersetzt werden oder nach dem australischen Vorbild umgestaltet werden müssen, wo der Spruch des Schiedsrichters für einige Zeit zwingendes Recht wird, dessen Verletzung harte Strafen nach sich zieht.

Ein ein Schiedsgericht, das den Ansprüchen der Arbeiter genügen soll, müssen wir nun folgende Anforderungen stellen: Es muß eingreifen, bevor es zum Streit gekommen ist, weshalb vor allem ein Erscheinungs- und Verhandlungszwang vorzuschreiben ist. Die Vertreter der Parteien müssen unauswählbar sein und das Verhandeln vorziehen. Eine Forderung, die bei den Unternehmern meistens von selbst erfüllt wird, bei den Arbeitern aber nur dann, wenn die Vertrauensleute der Arbeiter, Gewerkschaftsbeamte, Arbeitersekretäre und dergleichen als Vertreter zugelassen werden. Ohne solche Zulassungen wird das Schiedsgerichtverfahren wertlos für die Arbeiter, es beraubt sich selbst der Voraussetzung erfolgreicher Wirkens, was erfahrene gewerbliche Schiedsrichter, wie der Berliner Gewerbeamt-Vorsitzende H. Schulz, auch längst eingesehen haben. Weisger und Schiedsrichter müssen ferner die nötige Sachkenntnis besitzen, um die komplizierten Streitfragen entscheiden zu können; das Verfahren muß formlos und billig sein. Um den Schiedsrichtern die Möglichkeit zu geben, sich genau orientieren zu können, ist es außerdem notwendig, daß die Arbeitgeber zugewiesen werden können, ihre Geschäftsbücher vorzulegen und schließlich sollte der Schiedspruch vollstreckbar sein.

In Deutschland, wo die Einigungsämter an die Gewerbeämter angegliedert sind, steht der ganze Organismus noch in den ersten Entwicklungsstadien. Ein Mangel ist schon das Zusammenarbeiten zweier Organe, die nichts miteinander gemein haben. Denn die Gewerbeämter haben juristische Funktionen zu erfüllen, den Arbeitsvertrag auszulegen, während die Einigungsämter einen Arbeitsvertrag zu erfüllen sollen. Viel zweckmäßiger wäre es auch, wenn für die einzelnen Industrien Schiedsgerichte geschaffen würden, anstatt für eine oder mehrere Gemeinden. Der jetzige Mangel, nach dem die Streitigkeiten aller Gewerbe vor demselben Einigungsamt und demselben Vorsitzenden entschieden werden müssen, kann keine günstigen Resultate ergeben. Auch die Zulassung von Vertretern der streitenden Parteien ist im Gesetz nicht klar genug geregelt, was besonders für Magdeburg von Bedeutung ist, weil hier der Vorsitzende des Gewerbeamtes den § 22c so ausgelegt, daß Vertrauensleute der Arbeiter nicht als Vertreter vor dem Einigungsamt zugelassen werden können. Verdrüsslich ist man dann noch, daß das Gesetz keinen Verhandlungszwang für alle Parteien kennt, daß es keine Geldstrafen über 100 Mark verhängen, die Vorlage der Geschäftsbücher nicht verlangen kann und keine Macht hat, seinen Spruch auch nachdrücklich zu verschaffen, so ist es befreit, daß die Arbeiter keine Lasten haben, mit den in Deutschland üblichen Methoden zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten besonders zufrieden zu sein.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Juli 1904.

Einer Erweiterung der sozialhygienischen Leistungen der Arbeiter-Versicherungsinstitute durch die Gemeinden redet Paul Kampffmeyer das Wort. Die Gemeinden können:

- 1. durch statutarische Bestimmungen die Krankenversicherungspflicht erweitern: auf unständige Arbeiter, auf die in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienste beschäftigten Personen, auf welche die Anwendung des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes nicht durch anderweitige reichsgesetzliche Vorschriften erstreckt ist, auf die Familienangehörigen eines Betriebsunternehmers, deren Beschäftigung in dem Betrieb nicht auf Grund eines Arbeitsvertrags stattfindet, auf Hausindustrielle, auf die lands- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Betriebsbeamten;

2. leistungsfähige Kranken-Versicherungsinstitute schaffen: durch die Verdrängung der rückständigen Gemeindeversicherung durch Ortskrankenkassen, durch die Begründung gemeinsamer Ortskrankenkassen für einzelne oder mehrere Gewerbe und durch die Vereinigung der Ortskrankenkassen mehrerer Gemeinden zu einer einzigen Kasse.

Die sozialhygienische Wirksamkeit der Arbeiterversicherungsinstitute kann wesentlich durch die Gemeinden gesteigert werden, und zwar durch die Ausgestaltung der kommunalen Einrichtungen zur Erhaltung und Pflege der Gesundheit.

Selbst die Berufsgenossenschaften müssen wegen der erforderlichen schnellen und sachgemäßen Behandlung der Unfallverletzten ihre Aufmerksamkeit zuwenden:

- 1. einer kommunalen Organisation der Sanitätswachen und Unfallstationen,
- 2. einer Ausdehnung der Krankenhäuser und Rekonvaleszentenhauspflege.

Die Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten haben sodann ein wirkliches vitales Interesse an der Fortbildung aller kommunalen und sanitären Einrichtungen, namentlich

- 1. an der Stadtereinigung (Beseitigung des Staubes und der Fäkalien zur Eindämmung der Infektionskrankheiten),
- 2. an der Organisation der Wasser- und Milch- und Fleischversorgung, kurz der Nahrungsmittelversorgung,
- 3. an kommunalen Badeanlagen,
- 4. an den öffentlichen Anlagen,
- 5. an der Fortbildung des kommunalen Krankenhauses und Rekonvaleszentenwesens (der Waid-erholungsstätten), der Unfallstationen,
- 6. an der Errichtung kommunaler Verbindungsanstalten und Wöchnerinnenheime und an der Organisation des Hebammenwesens,
- 7. an den Reformen des Apothekenwesens (an kommunalen Krankenhäuser-Apotheken, die den Krankentassen hohen Rabatt gewähren),
- 8. an einer Umgestaltung des kommunalen Begräbniswesens (Unentgeltlichkeit der Beerdigung, Verbilligung der Begräbnisstätten usw.)
- 9. an der kommunalen Wohnungsreform.

Die „Kommunale Praxis“ beabsichtigt nun, die Materialien, die in den Berichten der Krankenkassen enthalten sind, zu benutzen, um auf das kommunale Gesundheitswesen einzuwirken. Wir werden, so schreibt Paul Kampffmeyer in dem genannten Blatt, zu diesem Zweck die Geschäftsberichte der Krankenkassen einem gründlichen Studium unterziehen und die wertvollen Anregungen der Massen für die Fortbildung des kommunalen Gesundheitswesens einer breiten Öffentlichkeit mitteilen. Wir bitten um die Zusendung der Geschäftsberichte der Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften an die Redaktion der „Kommunale Praxis“. Wir streben ein planmäßiges Zusammenwirken der Gemeinden mit den Arbeiterversicherungsinstituten zu dem großen Zweck einer allgemeinen Hebung der Volksgesundheit an.

Münzsorten, die eingezogen werden, sind die goldenen Fünfmarkstücke, die silbernen und Nickel-Zwanzigpfennigstücke. Die goldenen Fünfmarkstücke, die insgesamt in einer Menge von nahezu 28 Millionen Mark in den Verkehr gebracht waren, sind aus ihm bis auf eine Summe von 3,7 Millionen Mark herausgezogen. Von den silbernen Zwanzigpfennigstücken, von denen insgesamt 55,7 Millionen Mark geprägt waren, bleiben für etwa 5,5 Millionen Mark oder 15,4 Prozent uneinziehbar. Von den Nickel-Zwanzigpfennigstücken, von denen 5 Millionen Mark geprägt worden sind, ist eine halbe Million Mark nicht einziehbar.

Er verbrachte einen sehr angeregten Abend in dem berühmten Gesell-Zimmer des alten „Gasthofs zum Adler“, wo er außer dem Baron von Ried einen kleinen Kreis mehr oder minder interessanter Männer traf, unter denen der berühmte alte Schauspieler Otto Lehfeld jedenfalls der merkwürdigste war. Der alte Herr gab Theateraneddoten zum besten; fastig zwar, aber von schlagender Komik, und trug sie so ausgezeichnet vor, daß die Gesellschaft stundenlang nicht aus dem Lachen herauskam. Florian schloß in dieser Nacht ganz ausgezeichnet und erwachte am andern Morgen von seinem eignen Gelächter, denn es war ihm eine von den kostbaren Geschichten in dem Halbschlaf, der dem Erwachen vorauszugehen pflegt, wieder eingefallen.

(Fortsetzung folgt.)

Ferien für die Mutter!

Im Familienrat der „Frankf. Ztg.“ finden wir den folgenden, von warmem Menschheitsempfinden diktierten Aufsatz, aus dem die künftigen Krieger zu entnehmen unsere Lesern nicht schwer fallen wird, aber trotz dieser Einstreuungen die Wiederkehr in einem Arbeiterblatt lohnt:

Die Grundgesetzliche brüht über der Welt. Sie durchglüht das Asphaltplaster der Großstädte, ihr Licht und Wärme zurück von den langen weißen Gassenreihen, zittert, sichtbar fast, über Straßen und Plätze. Die schlammigen ihrer Qualen aber hält sie für die Hausmutter bereit, die brummt in der Kellerkühlung oder hoch oben, wo der Himmel nah und die Dächer den Himmelkammer Benedigs gleich sind, am heißen Herd das Mahl rührt.

Die eleganten Etagenhäuser und grünmispommenen Willen der vornehmen Viertel sind natürlich verödet. Die Hausfrauen, die hier weniger die Herdinnen zu hüten, als ein vornehmtes Haus zu repräsentieren pflegen, sind in die Berge oder an die See entschlüpfen, um sich von den Mühen und Lasten der verlassenen „Saison“ zu erholen und auf die nächste vorzubereiten. Sie sind in Ferien gegangen, samt Gemahl, Kindern und Dienerschaft. Mit der elementaren Gewalt des Notwendigen wird der Ruf: „Ferien! Ferien!“ allüberall erhoben, — ungestört fordernd hier, eine zage Witte sehnsüchtigen Verlangens dort, ein Schrei der Verzweiflung dessen, der zu erliegen droht unter all den Anforderungen, die das lang. Jahr an die Mütter und an die Arbeitskraft des modernen Menschen stellt. Wir alle werden herumgewirbelt im tollen Rausch des Lebens, hinauf- und hinabgeschleudert, und letzten nach der langen Ruhezeit der Sommerferien. Wir wollen abseits einmal einen Augenblick Atem schöpfen, uns darauf besinnen, daß wir sind, und das geht nur, wenn man

sich den tausend Polypenarmen entwindet, mit denen Beruf, Haus und gesellschaftliche Pflichten uns umklammern. Und so wird der Ruf: „Ferien! Ferien!“ laut und immer lauter. Ferien nicht nur für den Staatsmann, den Künstler, den Beamten und Kaufmann, Ferien auch für die Heere der Unterbeamten, der kaufmännischen Angestellten, Ferien für die Millionen gewerblicher Arbeiter. Die frühlichen „Sollidays“ der Weber und Spinner von Lancashire ausgebreitet über die ganze Welt, jeder Stand frei für eine Spanne Zeit, in der er Kraft, Mut und Arbeitsfreude für ein ganzes langes Jahr einzuhaufen kann.

Waldberufungsstätten, Heime und Ferienkolonien überall, Ferien für die ganze Welt, — keine Ferien, — niemals Ferien für die Hausfrau und Mutter. Sie nimmt's schon für Glück, wenn sie dem Manne das Mangel rüsten, wenn sie dem einen und andern Kind, das der Aufnahme in die Ferienkolonie für würdig und behüftig erachtet wurde, Kleider und Schuhe richten und es, sein herausstarrt und die Augen voll Spannung und glücklicher Erwartung, an die Bahn bringen kann. Sind die Lieben dann draußen, so schafft sie Ordnung und sorgt für die Wiederkehr und glaubt sich wunder wie erholt, weil sie das in verhältnismäßiger Ruhe und nicht umbrandet von all den Wünschen, Forderungen und Störungen des Alltages tun kann.

Nach schlummer ist es in den Schichten des Klein- und Mittelbürgerums, in den Reihen jener, die von den gebotenen Vergünstigungen und Erleichterungen keinen Gebrauch machen können oder wollen, die lächelnden Munde verbergen, daß sie „gar keiner Erholung bedürfen“, sich völlig wohl fühlen, „es zu Hause am behaglichsten finden“, die weil ihr Herz sich verzehrt vor Sehnsucht nach den verdammten Weiden da draußen und ihre Nerven zum Zerreißen gespannt sind von all den tausendfachen Anforderungen, die jeder neue Tag unerbarmlich an sie stellt. Wir alle kennen jolch Martyrium, ebenso wie wir alle wissen, daß man den Funderstaubenden von gewerblichen Arbeiterinnen, die verheiratet sind, mit einer Gemütsruhe, die einer besseren Sache würdig wäre, als Ausspannung von der außerhäuslichen Erwerbsarbeit der Woche die sonntägliche Scheuer- und Wascharbeit daheim auflädt.

Großmutter spricht: Morgen ist Feiertag, Großmutter hat keinen Feiertag! Sie lockt das Mahl, sie spinnet das Kleid: Das Leben ist Sorg' und viel Arbeit!

Das Leben ist Sorg' und viel Arbeit! Und kein Feiertag! Niemand ein Feiertag! Galt ihr, ihr glücklichen Wesen, auch schon einmal Har gemacht, was es heißt, dahinleben, Tag um Tag, Jahr um Jahr, und nie einen Feiertag, nie einen Ort, nie eine Stunde, um frei Atem zu schöpfen, um sagen zu können: hier bin ich! bin für mich selbst und um meiner selbst willen!

Aber es ist nicht nur das. Der Geist der Mutter gibt dem Haus ebenso sehr das eigentümliche Gepräge, wie gesundes Blut und spannkraftige Nerven das körperliche Erbe sind, das die

Mutter ihrem Kinde zu geben hat. Und nun zieht selbst die Schlüssel Was hat eine Mutter, die abgearbeitet, abgehäutet und nur zu oft auch abgezehrt ist, ihrem Kinde zu verberben? Wie kann der Geist beschaffen sein, mit dem dies kleinmütige, niedergebrückte, um jeden frohen Auf- und Ausblick betrogene Weib ihr Heim, ihr sogenanntes Heim durchdringt? Schauen wir doch um uns: Wo finden wir denn das ideale Familienleben, innerhalb dessen „um des Lichts gefellge Flammen sammeln sich die Hausbewohner“? Männer, die ins Wirtschaftslaufen, Kinder, die kaum flüchtig geworden, ihre eignen Wege gehen, indes beim Dellen ein verdrossenes müdes Weib die Reste der Tagesarbeit erledigt.

So heißt nicht nur das Menschenrecht des Weibes, das auch dem Anseligsten und Beladensten nicht verloren gehen darf, nein, auch die Selbsterhaltung- und die Wiedererneuerungspflicht der menschlichen Gesellschaft darauf hin, der Hausfrau und Mutter ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. In jüngster Zeit mehrten sich ja die Stimmen, die den volkswirtschaftlichen Wert der erhaltenden und verwaltenden Hausfrauentätigkeit in zutreffender Weise betonen: das, was sie an ethischen Werten zu geben hat, ist nicht minder hoch zu schätzen. Damit sie es aber geben könne, muß sie selbst gesund, frisch und lebensfreudig sein, und eine vornehmste Aufgabe der Gesellschaft ist es, ihr dabei zu helfen, indem sie die nötigen Vorbedingungen schafft.

Wie das geschehen könnte, ist gewiß nicht leicht zu sagen. Dennoch fehlt es nicht an Anhaltspunkten. Wir haben jetzt schon einen vergleichsweise ausgedehnten Schutz der gewerblichen Arbeiterinnen, der Krankheit und Invalidität umfaßt und auch heute schon in Bedarfsfällen die Erholung ermöglicht. Wir haben ferner eine teilweise heute leider noch drückend und individuell maßlose Ausdehnung der Ortskrankenkassen-Tätigkeit auf die Familie, und wir haben schließlich die überall aufblühende Einrichtung der Hauspflegevereine. Ein entsprechender Ausbau all dieser Institutionen, ähnlich dem, wie er für den Mutter-schaftsschutz gedacht ist, eine Vertretung der Hausfrau durch die Organe der Hauspflegevereine: und die Möglichkeit einer Ausspannung wäre auch für die geplagteste Hausmutter ohne wesentlichen Aufwand gegeben.

Damit wäre gewiß noch nicht alles gutgemacht, und niemand wird behaupten wollen, daß eine Reihe von wenigen Tagen ein langes Jahr der Sorge und Mühe aufwiegen könne. Aber ein Anfang wäre gemacht, eine Hoffnung wäre gegeben, eine kleine Erfüllung, an der Wunsch und Wille zu größerem, Besserem sich festankern könnte. Und von dem Weibe, das sein Menschsein anerkannt sieht, von der Mutter, der im grauen Arbeitsjahre eine Dose der Rast und Erquickung winkt, würde Mut und Zubericht austreten, so wie sie jetzt manch Liebesmal und oft, ohne es selbst zu wissen oder zu ahnen, der Ausgangspunkt dumpfer Mut- und Hoffnungslosigkeit ist.

Darum Ferien für die Mutter! In ihrem eignen Namen, wie im Namen all jener, denen die wirtschaftliche und sittliche Aufwärtsentwicklung alles dessen, was Menschenantlig trägt, am Herzen liegt! —

Provinz und Umgegend.

Die Maurerstreiks in der Altmark.

Die Lage der altmärkischen Maurer ist seit Menschengedenken eine äußerst unglückliche. Uebermäßig lange Arbeitszeit bei geringem Lohn ist in vielen Orten bis zum heutigen Tage die ortsübliche Regel. 13 Stunden Arbeitszeit und — bei freier Kost und Logis im Stall oder auf dem Heuboden — eine Entlohnung von 1,85 Mark ist in den Dörfern sowohl wie auf den Gütern der Herren „von und zu“ gang und gäbe. Unter solchen Umständen ist es schwer, eine Organisation aufzubauen. Langsam, ganz langsam ist dieselbe aber trotzdem zur Entwicklung gelangt. In Elbe, Gardelegen, Groß- und Klein-Flörsburg, Döbberitz, Salzwedel, Seehausen, Stendal und Tangermünde gehören neben den am Orte wohnenden Maurern auch ein ansehnlicher Teil der in den umliegenden Dörfern wohnenden dem Verband der deutschen Maurer an. Die Folge davon ist, daß in diesen Orten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren eine wesentliche Verbesserung erfahren haben. Die 10 stündige Arbeitszeit wurde durch die Organisation eingeführt. In Osterburg und Seehausen erst in diesem, in Elbe im vergangenen Jahre. Einer Lohnerhöhung von 3 Pfennig stimmten die Unternehmer ebenfalls in den genannten drei Orten zu, ohne erst große Schwierigkeiten zu machen. Die Unternehmer in Salzwedel, Stendal und Tangermünde sind aber aus größerem Holze geknüpft. 40 Pfennig Stundenlohn beträgt die Forderung, die den Herren zugesagt, aber glatt von ihnen abgelehnt wurde. Die Maurer, die ohne einen Stundenlohn von 40 Pf. zu beziehen existenzunfähig sind, konnten sich das nicht bieten lassen und beschloßen deswegen, bei geeigneter Zeit durch Arbeitsniederlegung ihre Forderung durchzubringen. In Salzwedel und Tangermünde griffen sie denn auch zum Streik. Nach fünfwöchiger Dauer ist nun am 14. Juli der Streik in Salzwedel mit einem schönen Erfolge der Maurer beendet worden. Zwei Tage wurde unter dem Vorherrsche des Bürgermeisters Kersten und im Beisein des Gauleiters Koch zwischen den streikenden Parteien verhandelt. Die Unternehmer, die ursprünglich die größte Hartnäckigkeit zeigten, hatten wohl in den 5 Wochen einsehen gelernt, daß es auch in der Altmark nicht mehr zu umgehen ist, die Organisation der Maurer als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen.

Ein schöner Erfolg ist es, der durch die Organisation erkämpft worden. Man denke nur: im finsternen Winkel der Altmark, dort wo in der ganzen Umgegend noch von Sonnenanfang bis zum Sonnenuntergang geschuftet werden muß, haben sich die Maurer Anerkennung der Organisation und für die Zeit vom 15. Juli 1904 bis 1. Juli 1905 38 Pf., von da ab 40 Pf. Stundenlohn, selbstverständlich bei zehnstündiger Arbeitszeit, errungen.

In Tangermünde, wo ja der Kampf nun schon 10 Wochen dauert, werden wohl nun die Unternehmer ebenfalls zu der Einsicht kommen, daß auch sie nachgeben müssen. Welche ist geschlagen; da wo es niemand erwartete, sind die 40 Pf. Stundenlohn errungen. Tangermünde und Stendal werden die ersten Orte sein, die folgen. Dafür wird die Organisation eintreten. Den Maurern der ganzen Altmark möchten wir angeschlossen so erfreulicher Erfolge zuzuschreiben: Seht was der Verband für seine Mitglieder in so kurzer Zeit geschaffen; tretet Mann für Mann ein in seine Reihen, und den unumkehrigen Umständen, die sich auf dem Lande vorherrschend sind, wird ein Ende bereitet werden!

Barleben, 13. Juli. (Einbruch.) Heute früh wurde beim Genossen Schmidt ein Einbruch verübt. Die Diebe nahmen außer einer Taschenuhr eine halbe Kiste Zigarren und eine Kassetten mit sehr wichtigen Dokumenten und 70 Mark mit. Genosse Schmidt zahlte demjenigen, der ihm die Papiere zurückbringt oder den Täter nachweist, 10 Mark Belohnung.

Übenstedt, 14. Juli. (Generalversammlung in Neuhaldensleben.) Die Genossen, die am Sonntag morgen nach Neuhaldensleben fahren wollen, treffen sich um 9 Uhr an der Badeanstalt. Die Fahrt von Weizendorf beginnt um 10.55 Uhr. Um rege Beteiligung wird erlucht.

Gr. Döbberitz, 15. Juli. (Gewerkschaftsfest.) Am Sonntag den 17. Juli veranstalteten die Gewerkschaften von Gr. Döbberitz und Umgegend ein Gewerkschaftsfest. Da auch der geplante Umzug freigegeben, wird dasselbe, nach dem vorliegenden Programm zu urteilen, ein recht impotantes werden, und bitten wir die Gewerkschaftsmitglieder nochmals, dieses Fest recht zahlreich zu besuchen und sich an dem Umzug zu beteiligen.

Niederbodelschütz, 14. Juli. (Auf zur Kreisversammlung in Neuhaldensleben!) Die Parteigenossen, welche am Sonntag nach Neuhaldensleben fahren, treffen sich auf dem Bahnhof, um den Zug der 9.57 Uhr von hier abgeht, gemeinschaftlich zu benutzen. Es wird um rege Beteiligung erlucht.

Burg, 15. Juli. (Mühtung, Genossen!) Sonnabend den 16. Juli, abends 6 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung in Burg. Ausgabe bei Jesse, Holzstraße. Nichts eines jeden Genossen ist es, zu erscheinen. Auch weisen wir auf die Annonce in der heutigen Nummer zu der am Montag den 18. Juli stattfindenden Volksversammlung hin.

Burg, 15. Juli. (Mühtung, Schuhmacher!) In der Schuhfabrik von Dübberitz wird es sehr wahrscheinlich zur Arbeitsniederlegung kommen. Da durch den Konkurs einer hiesigen Schuhfabrik sowie schon eine große Zahl Arbeitsloser am Orte ist, ist es notwendig, Huzug streng zu halten.

Burg, 14. Juli. (Kindesaussetzung.) Auf dem an der Kaiser Friedrich- und Artilleriestrasse gelegenen Ackerstücke ist heute früh ein circa 8 Wochen altes Kind lebend aufgefunden worden. Die vermutliche „fürsorgliche“ Mutter hatte neben einigen Kleiderwäschestücken eine gestülpte Saugflasche dabei gelegt. Die Tat begangen zu haben ist verdächtig ein circa 21-jähriges Mädchen, welches mit dem Huzug von Magdeburg hier ankam und bereits im Wartesaal des Bahnhofs Verpflegung fallen ließ, aus denen hervorging, daß sie sich des Kindes entledigen wollte.

Burg, 14. Juli. (Selbstmord.) Wahrscheinlich in einem Anfall von Verfolgungswahn erschoss sich heute früh gegen 5 Uhr der Ackerbürger August Giese, Bahnhofstraße wohnhaft. G. der heute in einer Forderungsklage in Magdeburg Termin wahrzu-

nehmen hatte, redete in den letzten Tagen bereits allerlei tolle Reden. Die Tragödie von heute früh erböte ihn von seinem Leiden.

Burg, 14. Juli. (Zur Stadtverordnetenwahl.) Diejenigen Wähler, welche nicht in der Lage sind, die Wählerlisten selbst einzusehen, mögen sich melden bei den Genossen Katurbe, Kurmstraße, und Pohlmann, Meiner Hof.

Salzwerlde, 14. Juli. (Versammlung.) Eine mächtig besuchte öffentliche Versammlung der Hand- und Hilfsarbeiter fand heute im „Obern“ statt. Frau Köhler, Dresden, welche als Referentin gewonnen war, tabelte infolge dessen die Interessiertheit der Salzwerlde Arbeiter und Arbeiterinnen. Hiernach behandelte Rednerin das Thema „Der Zukunftsstaat der Arbeiter und die Arbeiterorganisation“. Sie führte in vorzüglicher Weise den Anwesenden vor Augen, wie die kapitalistische Gesellschaft mehr und mehr aus der Arbeitskraft des Proletariats ihre Positionen verfaßt. Kraft- und machtvoll müssen sich demgegenüber die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen entfalten. Alle Arbeiter müssen den Organisationen beigetreten werden. Zum alle Genossen und Genossinnen ihre Pflicht, dann werden wir dem Kampf ruhig ins Auge schauen können. Der Sieg wird einst unser sein und bleiben.

Salzwerlde, 14. Juli. (Dem verbrannten Kinde.) Von dem wir gestern berichteten, wurden im Krankenhaus beide Arme abgenommen, weil sie halb verrotten waren. Eine Rettung des Lebens soll völlig ausgeschlossen gewesen sein. Das verunglückte Mädchen ist die Tochter der Walschauer Köhler.

Salzwerlde, 14. Juli. (Sie blieb von selber stehen.) Heute mittag fand eine Betriebsführung bei der elektrischen Straßenbahn statt. Auf dem Fischmarkt war ein Wagen aus dem Gleis gesprungen. Nach längerem Bemühen und mit Hilfe eines Motorwagens konnte derselbe jedoch wieder in seine Bahn gelenkt werden. Bei dieser Gelegenheit hatte sich natürlich eine Menge Neugieriger eingefunden.

g. Halle, 14. Juli. (Wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen) war der Leutnant der Reserve Adolf August Nob vom Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 98 angeklagt. Der Angeklagte, der von Beruf Jurist ist, war in der Nacht zum 1. März d. J. mit dem Studenten der Technischen Hochschule Johann Tomowatz in einem Restaurant in Dresden in Wortwechsel geraten. Als der Leutnant eine lächelnde Miene machte, rief ihm der Student, der bei einer Flasche Sekt saß, die Worte zu: „Nachen Sie nicht so dreckig!“ Darauf bezeichnete der Leutnant seinen Gegner als eine „komische Figur“, und L. nannte den Leutnant einen „Aneifer“. Schließlich gab der Leutnant dem L. eine Ohrfeige. Einige Tage später brachte der Student dem Leutnant eine schwere Säbelforderung, die im Lokale „Peterberg“ in Dresden ausgebracht wurde. Die Bedingungen im Zweikampf waren: „30 Gänge event. bis zur Abfuhr — nicht auf Leben und Tod“. Die Sache endete aber mit einigen unbedeutenden Wunden. Der Angeklagte gab zu, sich des Zweikampfs mit tödlichen Waffen schuldig gemacht zu haben, und wurde antragsgemäß zu 3 Monaten Festung verurteilt.

Stassfurt, 14. Juli. (Volksverein.) In der gestrigen Versammlung wurde festgestellt, daß Sonnabend, 30. Juli, eine öffentliche Volksvereinsversammlung stattfinden soll, in der Stellungnahme zur Generalversammlung und die Wahl der Delegierten erfolgen soll. An demselben Tage wird auch eine öffentliche Parteiverammlung stattfinden, in der die Stellungnahme zur Kreisversammlung und Wahl der Delegierten erfolgen soll. In der Versammlung der Volksvereinsmitglieder am nächsten Mittwoch, 20. Juli, soll die Kandidatenliste aufgestellt und Anträge für die am 30. Juli stattfindenden Versammlungen vorbereitet werden. Zahlreiches Erscheinen der organisierten Parteigenossen in diesen Versammlungen ist sehr erwünscht.

Stassfurt, 14. Juli. (Volksbadeanstalt.) Die Hitze macht sich hier ganz besonders fühlbar deshalb, weil die Stadt Stassfurt keine billige Badeanstalt aufzuweisen hat. Die früher am Schloß bestandene Badeanstalt ist eingegangen, biszente am der Mühle ist in diesem Sommer nicht zugänglich worden und wenn sie aufgestellt wäre, würde sie kein Wasser haben und wenn sie Wasser hätte, würde jedermann vor der brannnen Hitze zurückschrecken, in die das trübsalliche Wasser des Bodestoffs verwanbelt wird auf seinem Lauf bis Stassfurt. Die sonstigen Badeanstalten sind zu teuer, um von der unbedeutenden Bevölkerungsgewinnung regelmäßig gebraucht werden zu können. Auf diese Weise besteht in Stassfurt tatsächlich eine sehr fühlbare Kalamität in bezug auf Badegelegenheit. Unfruchtig ist es Pflicht der Stadt, für Anlage von Volksbädern zu sorgen, schon aus hygienischen Gründen, und die Gesundheitskommission, von deren Tätigkeit man in der Öffentlichkeit noch nicht viel vernommen hat, sollte es sich zur ersten Aufgabe machen, nach dieser Richtung hin energisch vorzugehen. Auch die Knappschäfts- und Krankenkassen sowie andere Vereine müßten sich aufpassen und die Gesundheitskommission herab mit geharnischten Eingaben und Petitionen bombardieren, bis diese Behörden sich dazu bequemen, in den Stadtsäckel zu greifen, um endlich einmal wieder eine notwendige und nützliche Neuerung zu schaffen.

Freilich werden die städtischen Behörden sich voraussichtlich auf die schlechte Finanzlage der Stadt berufen. Sehr mit Unrecht, da die Finanzlage gar nicht so schlecht ist; die Schuldenlast ist nicht groß. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß ein erheblicher Anstieg in der Steuereinnahme eingetreten ist. Das will aber nichts bejagen, da wohl niemand verlangen wird, eine Badeanstalt aus dem laufenden Steuereinnahmen zu errichten. Die Verminderung der Bevölkerung ist aber zuzuschreiben zum Teil der Verminderung der Bevölkerung. Wenn aber diese eingetreten ist, so ist vorläufig nicht mit einer Erweiterung der Schuldenlast zu rechnen, und der schon zu ansehnlicher Höhe angelaufene Schuldenhaufen könnte sehr gut provisorisch zur Anlage einer Badeanstalt verwendet werden, wenn man zu diesem Zwecke nicht die Aufnahme einer Anleihe vorzieht, die von der Invaliditäts- und Altersversicherung zu diesem Zweck gewiß gern und gegen sehr mäßigen Zinsfuß hergegeben wird.

Auch die seit dem Hospitalneubau angefallenen erheblichen Ueberflüsse der städtischen Sparkasse könnten kaum besser angelegt werden als zu diesem hygienischen Zweck. Schon das, was bei dem Hospitalneubau über den Voranschlag hinaus und sonst noch zuviel

ausgegeben worden ist, würde zur Erbauung einer Badeanstalt ungefahr hinreichen. Denn darüber besteht doch wohl kein Zweifel, daß der Bau des Hospitals viel zu viel gekostet hat. Wir können den Hospitalisten von Herzen eine schöne und bequeme Wohnung, aber wir bestreiten, daß die Schönheit und Bequemlichkeit dieser Wohnungen auch nur einigermaßen im Verhältnis steht zu den aufgewendeten Kosten. Nur ganz reiche Leute würden eine Wohnungsmiete zahlen können, wie sie, nach den Baukosten berechnet, im Verhältnis auf die einzelne Hospitalbettenwohnung entfällt.

Dann aber würde bei Erbauung einer Badeanstalt doch zu berücksichtigen sein, daß die Verjüngung des verhältnismäßig ausgedehnten Kapitals doch zum größten Teile aus den eignen Einnahmen bestritten werden würde. Wenn aus dem städtischen Säckel wirklich noch etwas zugelegt werden würde, so würde dies einfach das Interesse der unbedeutenden Mitbürger erfordern. Auch das Schlachthaus hat bisher Zuschuß erfordert. Die Stadt gibt so blutwenig für gemeinnützige Anlagen aus, daß sie in dieser Beziehung sicher mit in der ersten Reihe der sparsamen Städte steht. Sie beschränkt sich in der Hauptsache auf Straßenausbau, Straßenerhellung, Polizei. Wo aber so viele unbedeutende Leute wohnen, wie in Stassfurt, die ihre Lebensarbeit daran setzen müssen, für andre Reichthümer zu schaffen, wo so viele Menschen wohnen, die infolge der an ihnen verübten Ausbeutung nicht imstande sind, alle ihre notwendigen Bedürfnisse selbst zu befriedigen, da muß die soziale Fürsorge der Gemeinde einsehen. Soll der Gesundheitszustand der Stadt ein guter bleiben, sollen die auch den Wohlhabenden verderblichen Krankheitsherde von der Stadt ferngehalten werden, dann muß unter allen Umständen ausreichende Badegelegenheit geschaffen werden. Vorbringung ist besser als nachträgliche Beschäftigung.

Man wende nicht ein, daß durch die Arbeiterbevölkerung der Stadt bereits Schullasten aufgebürdet sind, die durch die Steuererhöhen der Arbeiter nicht gedeckt werden. Denn die Arbeiter sind nicht schuld, daß sie so wenig verdienen. Nach der qualvollen Arbeit die gerade hier die herrschende ist, hätten die Arbeiter sicherlich Anspruch auf bessere Bezahlung und würden dann steuerkräftiger sein. Und nach der Magime mancher Arbeitgeber, die sogar im Stadtverordnetenkollegium sitzen, wird der Arbeiterlohn und somit die Steuerkraft mit aller Kraft herabgedrückt. Auch darf man nicht vergessen, daß ein großer Teil der Reichsteuern infolge der indirekten Besteuerung von den Schultern der Wohlhabenden genommen und auf die Schultern der Armen, Kleinrenten und Kleinrenten gewälzt ist.

Wenn eine höhere Schule für Stassfurt wünschenswert ist, so ist eine Volksbadeanstalt eine absolute Notwendigkeit. Hat man trotz mancherlei Unregung in den letzten Jahren ihre Errichtung verschäumt — wohl oder übel muß man nun in den möglichen Jahren darangehen.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, 14. Juli 1904.

Verhandlungsleiter: Oberst Major Dr. M. H. H. H.; Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Dieck.

Wegen Gehorsamsverweigerung wird der Musikföhrer Brandt 38. Komp. 185. Inf.-Regts. zu 14 Tagen strengem Arrest verurteilt. B. hatte eines morgens vom Stübengelreiten mehrfach den Befehl erhalten, einen Müllwagen heranzuzurufen, diesen Befehl aber nicht ausgeführt mit dem Hinweis, er w. müsse erst seine Sachen in Ordnung bringen. Mit Rücksicht auf seine bisherige Ungehorsamkeit wurde der Angeklagte nur zu dieser „geringen“ Strafe verurteilt.

Wegen gefährlicher Körperverletzung hat sich der Musikföhrer Warth 3. Komp. 66. Inf.-Regts. zu beantworten. Er hat bei einem Streit mit einem Kameraden diesen mit einem Wasserglas berartig gegen den Kopf geschlagen, daß das Glas in Splitter ging und der Verletzte 2 Wochen im Lazarett zubringen mußte. Es werden 5 Wochen Gefängnis beantragt. Das Urteil lautet auf 1 Monat Gefängnis.

Wegen Wachvergehen ist der Unteroffizier Karl Schulz, 2. Komp. 42. Inf.-Regts. zu Magdeburg, zu verurteilen. Er ist schuldig, in seiner Eigenschaft als Arrestaufseher gelitten zu haben, daß mehrere Arrestanten zu gleicher Zeit ihre Zellen zum Zweck des Austritts verlassen haben und dadurch Gelegenheit bekamen, miteinander zu sprechen. Für diese große Pflichtverletzung werden 4 Wochen Mittelarrest beantragt. Das Gericht erkennt auf 3 Wochen Mittelarrest.

Die Verhängnisvolle Kindtauffeier. Am 28. April d. J. hatte der Trompetergeant Konrad Steingrub 5. Bata. Feldart.-Regts. 40 bei einem Freunde in Burg eine Kindtauffeier mitgemacht. Auf dem Nachhausewege suchte er in seiner animierten Stimmung nach irgend einem Objekt, an dem er seine Macht als 1st. preussischer Unteroffizier auslassen konnte. Der um diese Zeit ankommende Zug Nr. 5 der Kleinbahn Burg — Mengdenow schien für Steingrub wie geschaffen, ein kraftvolles Experiment auszuführen. Er stellte sich mit gespreizten Weinen und ausgestreckten Armen mitten in das Gleis und veranlaßte dadurch das Halten des Zuges. Als der Führer der Maschine den Zug zum Stehen gebracht und sich nach dem Namen des eigenartigen Bremsers erkundigte, gab St. sein Ueberfließ dem Beamten einen falschen Namen an. Der Vorfall wurde dem Regiment angezeigt und hatte zur Folge, daß der Trompetergeant vom Standgericht wegen großen Unfugs zu 7 Tagen Haft verurteilt wurde. Wegen dieses Urteils hat der Angeklagte Berufung eingelegt, weil er sich unschuldig fühlt. Er gibt an, den Zug nur deshalb zum Halten veranlaßt zu haben, weil er sonst Gefahr lief, überfahren zu werden. (Von einer sogenannten „Pummelbahn“ Ann. d. B.) Der Oberstaatsanwalt hat ebenfalls Berufung eingelegt, weil nach seiner Meinung die Strafe zu gering sei. Die Verteidigung des Angeklagten hat die Rechtskraft der Strafe aber nicht anerkennen wollen. Der Vertreter der Anklage hält mindestens 6 Wochen Haft für erwiesen. Zu prüfen sei, ob der Angeklagte nicht wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs zu bestrafen ist. Er beantragt 14 Tage Gefängnis, stellt es aber ein, ob nicht erst noch ein Sachverständiger von der Eisenbahn kommen sei. Der Verteidiger plädiert für Festsetzung einer Geldstrafe. Der Angeklagte habe sich mit dieser Mittelbahn, die so häufig Gegenstand der Ungehorsamkeit bilde, einen Scherz machen wollen. Der Angeklagte habe nur das getan, was jeder Bahnmärter bei drohender Gefahr auch tue. Das Gericht erkennt auf 7 Tage Haft. Wäghin die Berufungen verworfen.

Ausverkauf der Waren Pincus'schen Konkursmasse

aus der

und der Gegenstände, die ergänzt werden müssen

Verkaufszeit: Täglich von 1/8—1 Uhr mittags und 3—8 Uhr nachmittags.

Als ganz besonders billig empfehle:

Knaben-Anzüge Stück von 98 Pf. an, **Knaben-Waschblusen** und **Hosen**, **Knaben-Stoffanzüge** von 1.75 M. an, **Herren-Anzüge**, nur prima Stoffe und Verarbeitung, **kompletter Anzug** von 12.00 Mark an.

Arbeiter-Hosen in Zwirn, Pilot und Leder sehr billig.

Knaben-Strohüte Stück von 24 Pf. an. **Sportmützen.**

Bitte gefälligst die Schaufenster zu beachten.

Halberstadt Aug. Duhme Halberstadt
 Kaiserstraße Nr. 63 Kaiserstraße Nr. 63
Bier-Versandgeschäft, Mineralwasser-Fabrik
 Vertreter der Gernroder Brauerei Gehr. Bartsch.
 Versand geschieht in Flaschen und Fässern. 145
 Ia. Kulmbacher Ia. Münchner Bier
 Berliner Weißbier ff. alte Gräher
 ff. Malzbier Köstritzer Schwarzbier
 Kohlensäure Diverse Tafelbiere Sauerbrunnen

Jakobstr. Burg Jakobstr.
 5 5
 Bringt meinen der Neuzeit entsprechenden 3768
Rasier- und Friseur-Salon
 in empfehlende Erinnerung. Abonnenten
 in und außer dem Hause werden gern angenommen. Pünkt-
 liche und reelle Bedienung wird zugesichert.
 Emil Bittkau
 Herren- und Damen-Friseur-Geschäft.

Kinderwagen
 neu! hochlegant!
 unverwundlich und
 halbsplittig billig, weil
 direkt v. der Fabrik,
 größten schlesischen
 Kinderwagenfabrik
 J. Treiber, Grimma 215
 Mein Katalog/Doppl-
 gebör. Sage beim Ka-
 uflagerverlangen, ob gegen Bar mit 10%
 Rabatt, od. bequemere Teilzahl. erwünscht.
 Saub. Schlafstellen werd. kosten-
 frei nachgewiesen im „Wohnungs-
 Nachweis“, Johannisstraße 6.
 Gr. Ottersleben. H. Freundl.
 Wohnung z. vermiet. Mittagstr. 43.

Calbe a. S. Billigste Bezugsquelle in
Wilhelm Herren- und
Rueff Knaben-Garderobe.
Arbeiter-Kleidung
 Querstrasse 1. Enorm billige Preise.
Burg. Burg.
 Montag den 18. Juli, abends 8¹/₂ Uhr
 im „Grand Salon“
Große Volks-Versammlung
 Referentin: Fran Köhler-Hamburg.
 Die Frauen werden zu dieser Versammlung gleichzeitig hiermit
 eingeladen: 146
Der Einb.

Fermer'sleben.
 Zu dem am Sonntag stattfindenden
Gewerkschaftsfest
 können Familien Kaffee kochen.
 Gleichzeitig erlaube mir, auf meine wohlgepflegten Getränke
 sowie reichhaltige Speisecarte aufmerksam zu machen.
 144 **Emil Stiller.**

Halberstadt. 126 Halberstadt.
Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen
Hilfsarbeiter
Zahlstelle Halberstadt.
 Sonnabend den 16. Juli 1904, abends 8 Uhr
 im „Odeum“
Erstes Stiftungsfest
 bestehend in
Konzert, Gesang, komischen Aufführungen und Ball.
 Sämtliche Aufführungen werden unter gütiger Mitwirkung der
 Gesang- und Spiel-Quintetten **Holler** sowie des Gesangsvereins
 „Sängerbund“ ausgeführt.

**Inventur-
 Räumungs-Vorverkauf**
J. Brilles
 Lübeckerstr. 118
 empfiehlt
 zu unerreicht billigen Preisen
 soweit Vorrat
Tassen weiß 6 Pf.
Tassen bunt 8 Pf.
Teller tief u. flach 6 Pf.
Teller Dessert 5 Pf.
Näpfe weiß 6 Stck 74 Pf.

Franz Walter Ed. Bartels mit
 Margarete Therese Pauline Mißcher-
 lich in Berlin. Komiker Max Ewald
 Urras mit Anna Henriette Wagner
 in Wilhelmshaven. Monteur Joh.
 Friedrich Wilhelm Ewald hier mit
 Minna Anna Dammell in Habis-
 leben. Biegeleiarbeiter Friedrich
 Otto Sigler in Böttger mit Emma
 Ida Vogler in Jorbau.
Sudenburg, 14. Juli.
 Aufgebote: Oberkellner Fried-
 rich August Sadrach mit Emma
 Hedwig Kochow.
 Todesfälle: Elisabeth, F.
 des Tischlers Wilhelm Benz, 1 J.
 10 M. 10 T. Lucie, F. des Jngen.
 Emil Lehmann, 3 M. 14 T.
Neustadt, 14. Juli.
 Geburten: Paul, S. des
 Webermeisters Oskar Döring. Ella
 Wally Erna, F. unehelich. Ella,
 F. des Tischlers August Böse.
 Todesfälle: Elise, F. des
 Oberwagenführers Karl Knoche,
 1 M. 13 T. Frida, F. des
 Heizers Wilhelm Häsel, 2 J. 7 M.
 9 T. Ehefrau des Schiffseigners
 Karl Bernau, Martha geb. Bensch
 aus Hergenstreu, 35 J. 11 M.
 12 T. Anna, F. des Rangier-
 meisters Friedrich Steinwehr, 17 J.

Achtung Kupfer-Schmied
 Sonntag den 17. Juli, vormittags 11 Uhr
 im Lokale des Herrn G. Böhme, Al. Klosterstraße 15/16
Öffentliche
Kupferschmiede-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Handwerkergesetz mit Bezug auf die Regulierung der Lehrlings-
 frage. Referent: Stadtverordneter Wilhelm Haupt.
 2. Die Bedeutung des rächtigen Arbeitsnachweises für die in Magde-
 burg und Umgegend beschäftigten Kupferschmiede. (Der Referent
 hierzu wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 141
 3. Verschiedenes.
 Zu der so notwendigen und wichtigen Versammlung werden alle
 in Magdeburg und Umgegend in Kupferschmiedereien beschäftigten
 Personen eingeladen. **Der Einberufer.**

Sommer-Fest
 der Gewerkschaften von Gr.-Ottersleben und Umgegend
 am Sonntag den 17. Juli 1904
 in den Lokalen von
Jr. Strumpf-Gr.-Ottersleben und Schulze-Bennedeubek.
Programm:
 Um 2 Uhr treffen sich die Gewerkschaften beim Gastwirt Fr. Strumpf.
 Um 3 Uhr: Umzug.
 Nachdem Volksbelustigungen unter Mitwirkung
 der Bergmännungs-Vereine.
 Um 5 Uhr: Aufsteigen mehrerer Luftballons.
 Von 7 Uhr ab: Ball in beiden Lokalen.
 Entree nachmittags 15 Pf. Entree abends 75 Pf.
 Um rege Beteiligung am Umzug und Bergmänn bittet
 Das Komitee.

Washservice
 4.20 3.60 1.45
Kaffeemühlen 82 Pf.
Wassergläser 6 Pf.
Butterdosen 13 Pf.
Milchsatten 7 Pf.
Elmer weiß, 28 cm 85 Pf.
Elmer neublau 28 cm 95 Pf.
Essenträger 43 Pf.
 neublau emailiert
 Ferner empfehle 143
Nippes und Luxuswaren
 in Riesen-Auswahl zu herab-
 gesetzten Preisen.
 Bitte um Bestätigung
 meiner Schaufenster!!

Schönebeck.
 Geburten: Alfred, S. unehel-
 lich, in Gr.-Salze. Rosa, F. des
 Fabrikarbeiters Hermann Dreiling.
 Todesfälle: Paul, S. des
 Schlossers Paul Kondziela, 1 J.
Halberstadt.
 Vom 9. bis 12. Juli.
 Aufgebote: Fleischermeister Gust.
 Bartels mit Marie Gertrude Mathilde
 Gale, beide in Kollum. Fleischer
 Andreas Matthäus Kaufmann in
 Binden mit Verta Helene Sophie
 Auguste Grimme in Hannover.
 Handarbeit. Wilhelm Otto Böhlend
 mit Anna Voigt, beide in Ammen-
 dorf.
 Eheschließungen: Mittels-
 chullehrer Paul Crelius mit Elisabeth
 Wenzel. Stultateur Friedrich Pieper
 mit Frida Ewert. Futterhändler
 August Dehler mit Helene Sanderhoff.
 Geburten: S. des Laub-
 stummenlehrers Alfred Priese, F.
 des Arbeiters August Rehe. S. des
 Maurers Emil Hoppe. F. des
 Handelsmanns Jfidor Mißchowski.
 S. des Kellners Wilhelm Kaufmann.
 F. des Zimmermeisters Heinrich Dilbat.
 S. des Schuhmachermeisters Paul
 Roschled. F. des Arb. Wilhelm
 Liebau. S. des Handschuhmachers
 Eduard Vordach. F. des Schneiders
 Friedrich Lombriht.
 Todesfälle: Helene Worchel,
 F. Ehefrau des Arb. Friedrich
 Heine, Marianne geb. Fischer, 60 J.
 11 M. 21 T. Walter, S. 1 M.
 27 T. Klara Schmidt, 65 J. 10 M.
 12 T. Witwe Karoline Grube geb.
 Morin, 90 J. 11 M. 24 T. Her-
 mann Wjettel, 4 M. 16 T. Heinrich
 Köhler, 3 M. 2 T. Margarete, F.
 des Händlers Hermann Grau, 1 J.
 7 M. 3 T. Erna, F. des Maurers
 Ludwig Demede, 11 M. 16 T.
 Hildegard, F. des Zimmermanns
 Wjth. Umelung, 1 J. 2 M. 23 T.
 Eisenb.-Beitr.-Gedr. Emil Dehmann,
 53 J. 22 T. Tischler Karl Schröder,
 58 J. 8 M. 17 T. Gust. Sattler,
 1 J. 3 M. 6 T. Hermann, S. des
 Bauarbs. Hermann Großhaus, 1 J.
 7 M. 15 T. Willi, S. des Arb.
 Aug. Fahlbied, 2 M. 10 T. Arb.
 Christian Götner, 47 J. 6 M. 3 J.

Wo kaufe ich am besten gute Schuhwaren?
Im Schuhwarenhaus W. Brandt
 gegr. 1847
Buckau, Ecke Gärtnerstraße
 Das langjährige Bestehen bürgt für Reellität. Preise billiger wie
 Fabriklager. 76

W. Korte, Halberstadt/Burg.
 Bateustraße 47 **Burg.**
Roschschlächterei
 122 mit Dampftrieb
 Restauration u. Speisewirtschaft
 ff. Speisen und Getränke.
Grand Salon
 Sonntag den 10. Juli 1904
 von 4 Uhr ab
Gartenkonzert und Tanzvergnügen.
 Freundlichst ladet ein
 3286 **P. Schumann.**

Barbierlehrling gesucht
 R. Zimmermann, Zimmermannstr. 11.
Danksagung. 43
 Den Herren Chefs, dem Kontor-
 und Betriebspersonal der Firma
 Herrn. Diebau in Sudenburg, dem
 Deutschen Metallarbeiter-Verband,
 den Mitgliedern der Centr.-Kranken-
 kasse der Tischler sowie allen Ver-
 wandten, Freunden und Bekannten
 sage für die überaus reiche Kranz-
 sende meinen herzlichsten Dank.
 Besonderen Dank denen, die durch
 ihr Geleit zum Grabe meinem
 lieben Mann die letzte Ehre erwiesen.
Witwe Anna Spiess.

Standesamt.
 Magdeburg, 14. Juli.
 Aufgebote: Telegraphenarb.
 Walter Luther hier mit Wilhelmine
 Rudolph in Welsleben. Trompeter
 (Serg.) Oskar Maasmeier mit
 Hedwig Müller. Buchhändler Karl
 Franz August Wilhelm Fiedler hier
 mit Luise Ferdinande Wälder in
 Bennigsen. Stadt. Arzt Dr. med.
 Christian Götner, 47 J. 6 M. 3 J.

Jakobstraße 50
Weiße Mahnung!
 O Freund! Werd' nie ein Pumptenie
 Wie der Professor Meher,
 Der pumpte schon des Morgens früh
 Zusammen sich die Dreier.
 Er pumpte hier, er pumpte dort,
 Fuhr vor bei jedem Laden
 Und kaufte, pumptend immerfort,
 Jedes die Frau ging haben.
 Er sandt ihr Liebesbriefe nach
 Und rief ihr dann voll Schläue:
 Das Häubchen, das ist Deine Sach',
 Ich pump' hier stets auf neue.
 Kam zu Max Zehden solch ein Mann,
 Der künnte sich was waken,
 Denn Zehdens bill'ge Preise kann
 Der ärmste Mann bezahlen.
**Herren- und Knaben-
 Stoff- und Wasch-Anzüge**
 jetzt zu spottbilligen Preisen.
Herren-Anker-Stiefel
 Damen- 4.50, 6.50, 8.50, 10.50
 garantiert haltbar, schide Bekform.
Kaufhaus
Max Zehden
 Jakobstraße 50

Macco-Hemden
Macco-Jacken
 in allen Preislagen.
Bazar Magdeburg
 Jacobs- u. Petersstraße-Ed.
 Filialen: Buckau, Thiemstr. 1;
 Sudenburg, Halberstädterstr.;
 Wilhelmshafen, Amosstraße 2;
 Neue Reinstadt, (F. Brilles)
 Lübeckerstraße. 46
 Wer Familienverhältnisse aus-
 schließt, kann sich melden
 bei Frau Busch geb. Arndt
 zu Klein-Ottersleben. 44
Walhalla.
 „Zur Seefahrt.“
 Täglich:
 Künstler-Vorstellungen.
 Neues Programm.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.
Oskar Heinemann
 laden wir allen Verwandten, Freun-
 den und Gästen unsern besten Dank.
 Insbesondere Dank der Vereinen
 „Alle Neufahrer „Ruffreunde“
 Klub „Gemüthlichkeit“ und dem Ges-
 sangverein „Vorwärts“ sowie auch
 dem Verband der Zimmerer Magde-
 burgs und den Eis- und Hagen-
 arbeitern.
Minna Heinemann
 nebst Kindern.

Viktoria-Theater.
 Sonnabend den 16. Juli 1904
Marquise.
 Lustspiel in 3 Akten von E. Sardou.
Danksagung.
 Für die Beweise herzlichster Teil-
 nahme beim Hinscheiden meines
 lieben Mannes, des Restaurateurs
Oskar Heinemann

Leichte Sommer-Kleidung

und

Strohöhüte

enorm billig, empfiehlt

Konfektionshaus

Ehrenfried Finke

125 Breiteweg 126

Streng feste Preise

Paul Meissner & Co., Zigarrenfabrik
Magdeburg. 138



Um unsern werthen Kundschafft etwas ganz Besondere zu bieten und Beweise unsres Könnens zu geben, haben wir eine neue Sorte
No. 20, Marke „Natur“
wie Abbildung

eingeföhrt. Diese Zigarre wird auf das sorgfältigste mit der Hand gewickelt, daher tabellos luftend. Sie besteht aus den besten, auserlesenen, nur ausländischen Tabaken in glücklichster Zusammenstellung, und wird in leichter und kräftiger Qualität geföhrt. Sie ist nicht strohig und sogen. nikotinfrei, sondern von reinem, unverfälschten, köstlichem Aroma, wie es die Natur hergibt, und doch leicht bekömmlich.
Getreu unserm Prinzip, Gutes zu liefern und billig zu sein, haben wir den Preis niedrigst gestellt. Stück 7 Pf., Duzend zu Mille-Preis von 60 Pf., 100 Stück-Kistchen 4.85, in Papierpackung 4.75.

Verkaufsstellen: Haupt-Geschäft: **Schrotdorferstraße.**
2. Geschäft: **Breiteweg 253.**
3. Geschäft: **Sudenburg, Halberstädterstr. 117.**

Wer bei Kaphengst kauft spart Geld

Wash- u. Kleiderstoffe zu Schlenderpreisen

Otto Kaphengst
Bettfedern-Versandhaus
3740 Sudenburg
Halberstädterstraße 106a

Schliestedt's
Butterzwiebäcke

sind in der Kinderernährung allen ähnlichen Fabrikaten voran. 82
Alleiniger Fabrikant
Konditorei Schliestedt
Sudenburg, Halberstädterstr. 109.

Sudenburg
Halberstädter-
straße 37 199

Amiantreichste Auswahl
Wasch-Anzüge
Wäsch-Joppen
Lüster-Jacketts
Leichte Stoff-Anzüge
für Herren und Knaben
Arbeits-Kleidung
in besten Ausführungen
zu sehr billigen Preisen.

Theod. Kraft

Herren- und
Knaben-
Konfektion.

W. Coors
Schuhwarenlager 8719

Halberstädterstr. 116 **Sudenburg** Halberstädterstr. 116
empfiehlt der vorgerückten Saison wegen
Sämtliche Sommer-Schuhwaren
zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Eleg. Herren- und Knaben-
Anzüge
Friedrich Grashof
mit Schlitz
und Latz
in
allen Größen
vorrätig
Arbeits-
Hosen
fertig
und nach Mass
Johannisfahr-
strasse No. 11
Labellofer
Schnitt

Neue Fahrräder
Herren- und Damenräder
unter Garantie in billigster Preislage.
H. Rose, Breiteweg 264
(Schwarzhorsplatz).
Besteht seit 1865 bester. Geschäft dieser Branche.
Schiffenhafte Ausführung von Fahrrad-Reparaturen
aller Art zu billigsten Preisen. 3411

Wolkerei-
Tafelbutter
von vorzüglichem Aroma, das Pfund
1.20 Mk.
5 Proz. Rabatt 5 Proz.
Butterhdlg. Edelweiss
40 Sudenburg
Halberstädterstraße 40

Schleider - Ausschnitt
sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel
zu den billigsten Preisen empfiehlt
Joseph Kullmann
vormals Röder & Drabandt
25 Jakobstrasse 25.

Kur- und Bade-Anstalt
übernommen habe.
Gestützt auf gute Erfahrungen und praktische Ausbildung
in allen Zweigen des Naturheilverfahrens gebe ich der Ver-
sicherung Ausdruck, daß ich allen Wünschen unantw. Rechnung
tragen werde.
Die Kurformen werden durch ein aufmerksames, sorgsam
geschultes Personal genauestens ausgeführt, und machen, wie
bekannt, hohe, helle Räume mit bester
Ventilation, Dampfheizung und moderner Lichtanlage
den Aufenthalt so behaglich als möglich.
Die Anstalt ist mit allen auf dem Gebiete des Natur-
heilverfahrens geschaffenen Apparaten ausgerüstet und können
sämtliche Heilmethoden zur Anwendung gelangen, wie
alle Arten Bäder, Dampf- und Heißluftbäder,
elektrische sowie alle medizinischen Bäder,
Duschen und Massagen.

Reinigungs-Wannenbad 25 Pfg.
Ich bitte die verehrten Anwohner, mein Unternehmen gütigst
unterstützen zu wollen und werde bemüht bleiben, allen An-
forderungen gerecht zu werden. 142
Hochachtungsvoll
Richard Mittag.
Getrennte Abteilungen für Damen und Herren. Geöffnet im Sommer von
7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Stauend billiger Schuhwaren-Verkauf

Grosse Posten Schuhwaren sind eingetroffen und werden solche zu folgenden billigen Preisen abgegeben:

- | | |
|---|---|
| Glatte Herren-Zugstiefel genagelt . . . 3.75 | Rote Damen-Knopf- u. Schnürstiefel jetzt 5.50 |
| Glatte Herren-Zugstiefel elegante Form . 5.50 | Calbin-Schnür- und Knopfstiefel jetzt 5.50 |
| Glatte Herren-Zugstiefel ohne Naht . . . 6.50 | Satin-Kalbl.-Schnür- u. Knopfstiefel jetzt 6.50 |
| Calbin-Bergstiefel 6.50 | Chag.-Spangenschuhe schwarz und rot jetzt 2.65 |
| Rindlederne Bergstiefel 5.50 | Rote und schwarze Hausschuhe jetzt 2.30 |
| Spiegelstiefel ohne Naht 6.50 | Lasting-Promenadenschuhe 0.95 |

Extra billiges Angebot Grosse Posten Boxcall-Damen-Schnürstiefel 38/42 . . . 6.25
Grosse Posten Rindlack-Spangenschuhe 38/42 3.50

Schuhwarenhaus Gebr. Schachmann
nur Breiteweg 69/70 Ecke Scharnstrasse

Bei Entnahme von
10 Zigarren
jeder Preislage gebe ich eine
Zigarre gratis. Von 100 Stück an
Fabrikpreis. 3693
C. Fuhrmann
Buckau, Schönebeckerstr. 18.

Die besten und billigsten
Schuhwaren
kaufen Sie bei
E. Kaulfuss
Schuhgeschäft 36
Neustadt, Luisenstraße 4.
Magdeburg Gegr. 1820. **Fermersleben**
Johannisfahrtr. 13/14. Schönebeckerstr. 69.
G. Gehse
Spezial-Geschäft für Arbeiter-Garderobe
Eigene Anfertigung.
Die von mir fabrizierten Arbeiter-Hosen sind
im Schnitt und in der Verarbeitung unerreicht. Stärkste
Naharbeit! Enorm große Auswahl! Sämtliche Hosen
mit Schlitz und Latz in allen Größen vorrätig 139
Preise auffallend billig.